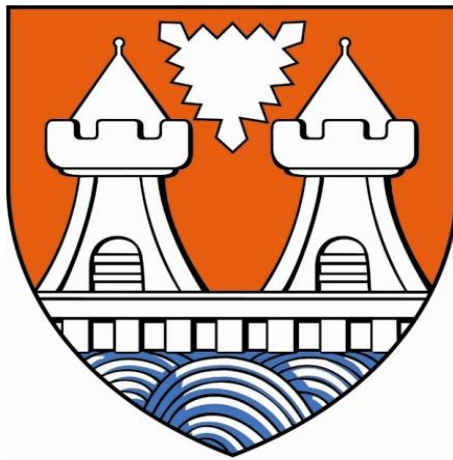


**Schlussbericht**  
über die  
Prüfung des  
Jahresabschlusses 2020  
der Stadt Itzehoe



Rechnungsprüfungsamt  
Stadt Itzehoe



## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Prüfungsauftrag.....</b>	<b>4</b>
<b>2. Art und Ziel der Prüfung .....</b>	<b>4</b>
<b>3. Grundlagen der Haushalts- und Finanzwirtschaft .....</b>	<b>5</b>
3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan .....	5
3.2 Einhaltung des Haushaltsplans .....	7
3.3 Vorläufige Haushaltsführung .....	8
3.4 Haushaltskonsolidierung .....	8
3.5 Kredite .....	8
<b>4. Bestandteile des Jahresabschlusses .....</b>	<b>9</b>
<b>4.1 Bilanz.....</b>	<b>9</b>
4.1.1 Aktiva .....	10
4.1.2 Passiva .....	11
4.1.3 Kennzahlen.....	12
4.1.4 Entwicklung des Eigenkapitals .....	13
4.1.5 Entwicklung der Verschuldung .....	13
4.2 Ergebnisrechnung .....	14
4.3 Finanzrechnung .....	15
4.4 Teilrechnungen .....	16
4.5 Anhang .....	16
4.6 Lagebericht.....	16
<b>5. Ergebnisse aus Schwerpunktprüfungen .....</b>	<b>16</b>
5.1 Veränderungen des Anlagevermögens.....	16
5.2 Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen .....	17
5.3 Forderungen einschließlich Wertberichtigungen .....	18
<b>6. Systemprüfung .....</b>	<b>20</b>
6.1 EDV-gestützte Buchführung.....	20
6.2 Datenschutz.....	20
6.3 Internes Kontrollsystem (IKS).....	22
6.4 Belegkontrolle gemäß § 116 Abs. 1 Nr. 2 GO .....	21
6.5 Inventar, Inventur.....	22
<b>7. Umsetzung der Prüfungsbemerkungen aus den Vorjahren .....</b>	<b>22</b>
7.1 Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen .....	22
7.2 Rückstellung Übergangsgeld feuerwehrtechnischer Dienst.....	23
7.3 Verfahren bei der Verbuchung von Rückstellungen.....	23
<b>8. Übersicht über die weiteren Prüfungshandlungen .....</b>	<b>24</b>



8.1 Regelmäßige durchzuführende Prüfungen .....	24
8.1.1 Prüfung der Finanzbuchhaltung 2019 .....	24
8.1.2 Vergabe und Auftragswesen .....	24
8.1.3 Schlussrechnungen im Baubereich ab 5.000,- € .....	25
8.1.4 Nachträgliche Prüfung von Personalvorgängen.....	26
8.1.5 Anordnungen auf allgemeinen Vorschuss- und Verwahrkonten.....	26
8.2 Weitere Prüfungstätigkeiten des Rechnungsprüfungsamtes .....	26
<b>9. Zusammenfassendes Prüfungsergebnis .....</b>	<b>27</b>

Anlagen:

Bilanz

Ergebnisrechnung

Finanzrechnung

Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen 2019



## 1. Prüfungsauftrag

Die Stadt Itzehoe führt seit dem 01. Januar 2010 ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung.

Gem. § 95 m Abs. 1 GO<sup>1</sup> hat die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist. Er muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GOBs) ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermitteln und erläutern. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ein Lagebericht ist beizufügen.

Nach § 95 m Abs. 2 GO ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen und nach der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt gemäß § 95 n Abs. 3 GO bis spätestens 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres von der Gemeinde zu beschließen.

Der Jahresabschluss 2020 und der Lagebericht wurden am 28. Oktober 2021 durch den Bürgermeister unterzeichnet und sind am 01. November 2021 beim Rechnungsprüfungsamt eingegangen. Den Unterlagen zum Jahresabschluss 2020 beigelegt war die ebenfalls vom Bürgermeister unterzeichnete Vollständigkeitserklärung zur Schlussbilanz zum 31. Dezember 2020.

Gem. § 91 Abs. 2 GO ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen und gem. 44 Abs. 4 GemHVO-Doppik<sup>2</sup> gemeinsam mit dem Lagebericht bis spätestens 01. Mai eines jeden Jahres der Kommunalaufsichtsbehörde sowie der Prüfungsbehörde vorzulegen. Die Frist zur Erstellung des Jahresabschlusses 2020 wurde wie bereits in den Vorjahren verfehlt. Die Erwartung des Rechnungsprüfungsamts, dass der Jahresabschluss 2020 spätestens bis Ende August 2021 zur Prüfung vorgelegt wird, damit zumindest die Beschlussfassung der Gemeinde fristgerecht, d.h. bis zum 31. Dezember 2021 erfolgen kann, wurde nicht erfüllt. Zum Zeitpunkt der Prüfung war bereits absehbar, dass die Frist zur Erstellung des Jahresabschlusses 2021 ebenfalls nicht eingehalten wird. Das Rechnungsprüfungsamt erwartet, dass die Vorlage wie angekündigt im Sommer 2022 erfolgt.

## 2. Art und Ziel der Prüfung

Die Art und das Ziel der Prüfung ergeben sich aus § 95 n Abs. 1 GO. Danach hat das Rechnungsprüfungsamt den Jahresabschluss dahingehend zu prüfen und seine Bemerkungen in einem Schlussbericht zusammenzufassen, ob

- der Haushaltsplan eingehalten wurde,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,

---

<sup>1</sup> Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung – GO) vom 28. Februar 2003 (GVOB. Schl.-H. 2003, S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Januar 2018 (GVOB. Schl.-H. 2018, S. 6)

<sup>2</sup> Rechnungsprüfungsamt für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Itzehoe vom 27.05.2014



- nach den geltenden Vorschriften bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung verfahren worden ist,
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
- der Anhang zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist und
- der Lagebericht zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist.

Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt wurde nach § 95 n GO in Anlehnung an den so genannten „risikoorientierten Prüfungsansatz“ vorgenommen. Mögliche Risiken, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können, sollen so aufgedeckt werden. Diesem Ansatz folgend hat das Rechnungsprüfungsamt das Ziel der Prüfung so geplant und ausgerichtet, dass ein hinreichend sicheres Urteil abgegeben werden kann, dass der Jahresabschluss und die Buchführung frei von wesentlichen Fehlaussagen sind. Dabei beschränkte das Rechnungsprüfungsamt die Prüfungshandlungen nach pflichtgemäßem Ermessen.

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2020 wurden folgende Schwerpunkte gebildet:

- die Veränderungen des Anlagevermögens
- die Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen
- die Forderungen einschließlich der Wertberichtigung

Neben den Erkenntnissen aus regelmäßigen Prüfungen der Stadtverwaltung und seiner Einrichtungen wurden Informationen der Ämter und Stabstellen eingeholt. Außerdem erfolgten stichprobenartige Einzelfallprüfungen und es wurden Gespräche mit den zuständigen Beschäftigten geführt.

### **3. Grundlagen der Haushalts- und Finanzwirtschaft**

#### **3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan**

Mit Haushaltserlass vom 27. September 2019 legte das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration Rahmendaten für die Haushaltsaufstellung der Kommunen für das Haushaltsjahr 2020 fest. Danach wurde den Gemeinden als Orientierungsdaten für die Haushaltsplanung 2020 empfohlen, bei den bereinigten Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit eine Steigerung von bis zu 1,5 % und bei den Personalausgaben von bis zu 1,5 % einzuplanen.

Die grundsätzliche Steigerungsrate für die im Ergebnishaushalt 2020 eingerichteten Sachkostenbudgets wurden in der Sitzung des Finanzausschusses am 01. Juli 2019 durch den sog. Eckwertebeschluss auf 0,0 % festgelegt. Zudem wurden Zu- und Abschläge aufgrund besonderer Entwicklungen berücksichtigt. Diese Sondereffekte ergaben eine zusätzliche Belastung von 26.800,00 €. Weiterhin wurde die Verwaltung gebeten, einen Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung einer Netto-Neuverschuldung von maximal 10 Mio. € vorzulegen. Im Hinblick auf diese Vorgabe sollte bei Aufstellung des ersten Nachtragshaushalts 2019 die Erwirtschaftung von liquiden Mitteln zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen 2020 angestrebt werden. Mit Blick auf die Umsetzungsquote wurde zudem um Überprüfung der Finanzplanungswerte 2021 bis 2023 gebeten.



Die Vorgaben des Eckwertebeschlusses konnten nicht eingehalten werden. Im Ergebnishaushalt ergab sich eine Überschreitung von 1.474.800,- €. Die geplante Netto-Neuverschuldung betrug zunächst 15.528.500,- €. Bis zur Verabschiedung des Haushalts durch die Ratsversammlung konnte der Kreditbedarf deutlich gesenkt werden.

Coronabedingt ging man bei der Nachtragsplanung zunächst von einer Verschlechterung des Jahresergebnisses aus. Aufgrund der Kompensationszahlung in Höhe von 6.616.700,- € zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen ergab sich bei der Nachtragsplanung dann jedoch eine wesentliche Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung. Die Kreditemächtigung wurde auf 8 Mio. € festgesetzt.

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan sowie die 1. und die 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wurden wie folgt beschlossen, genehmigt und veröffentlicht:

	beschlossen	genehmigt	Veröffentlichung
<b>Haushalt</b>	13.12.2019	30.01.2020	13.03.2020
<b>1. Nachtragssatzung*</b>	24.09.2020	-	16.10.2020
<b>2. Nachtragssatzung</b>	12.11.2020	26.11.2020	18.12.2020

\*Keine Genehmigung erforderlich, da lediglich der Stellenplan geändert wurde.

Die Erträge und Aufwendungen wurden dabei wie folgt festgesetzt:

Ergebnisplan	Erträge	Aufwendungen	Jahresergebnis
<b>Haushalt</b>	66.783.100,00 €	71.157.800,00 €	- 4.374.700,00 €
<b>1. Nachtragshaushalt</b>	-	-	-
<b>2. Nachtragshaushalt</b>	71.202.100,00 €	70.493.900,00 €	708.200,00 €

Die Einzahlungen und Auszahlungen wurden danach festgesetzt auf:

Finanzplan	Einzahlungen	Auszahlungen	Abbau Liquidität
<b>Haushalt</b>	78.422.600,00 €	83.255.600,00 €	- 4.833.000,00 €
<b>1. Nachtragssatzung</b>	-	-	-
<b>2. Nachtragssatzung</b>	79.389.400,00 €	78.615.300,00 €	774.100,00 €

Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen:

<b>Haushalt</b>	10.545.900,00 €
<b>1. Nachtragssatzung</b>	-
<b>2. Nachtragssatzung</b>	8.000.000,00 €



Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen:

<b>Haushalt</b>	11.221.400,00 €
<b>1. Nachtragssatzung</b>	-
<b>2. Nachtragssatzung</b>	11.775.000,00 €

Die Haushaltssatzung der Stadt Itzehoe wurde mit Datum vom 30. Januar 2020 vom Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration genehmigt. Als Folge der nicht gegebenen dauernden Leistungsfähigkeit in Verbindung mit Zweifeln im Hinblick auf § 10 Absatz 3 GemHVO-Doppik<sup>3</sup> wurde der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsermächtigungen in Höhe von 10.545.900,00 € um 2.545.900,00 € auf 8.000.000,00 € gekürzt. Eine Aufstockung wurde bei Vorlage eines gegenüber der Planung positiveren Jahresabschlusses 2019 und bei Nachweis, dass eine erhöhte Kreditaufnahme dem Ziel einer vertretbaren investiven Umsetzungsquote nicht im Wege steht, in Aussicht gestellt. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 11.221.400,00 € wurde trotz Bedenken in voller Höhe übernommen.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 24. Februar 2020 wurde beschlossen, dass der Kürzungsbetrag bei der Kreditermächtigung durch den Liquiditätsüberschuss 2019 in Höhe von 1.660.000,00 €, sowie Minderausgaben bzw. Verfügungssperren bei den Baumaßnahmen „Umgestaltung Adler“ (310.000,00 €) und „Neubau Feuerwache“ (575.900,00 €) gedeckt wird.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum 2. Nachtrag wurde der Gesamtbetrag für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aus rechtlichen Gründen um 145.900,- € auf 7.854.100,- € gekürzt. Die Durchführung geplanter Investitionen wurde dadurch nicht beeinträchtigt. In dem Genehmigungserlass wurde zudem auf die Hinweise zum Ursprungshaushalt verwiesen.

### 3.2 Einhaltung des Haushaltsplans

Der Haushaltsplan mit der Haushaltssatzung, Stellenplan und Vorbericht hat für die doppelte Haushaltsführung eine zentrale Bedeutung. Die Kommune bringt hier ihre haushalts- und finanzpolitischen Ziele zum Ausdruck. Er ist die Grundlage für die Haushalts- und Wirtschaftsführung. Seine Ansätze sind für die Ausführung durch die Verwaltung verbindlich.

Jede einzugehende Verpflichtung und jede Buchung müssen nicht nur unter dem Aspekt der richtigen Zuordnung zu einem Konto, sondern auch im Vergleich zur haushaltsmäßigen Veranschlagung betrachtet werden. Hierbei bildet der von der Ratsversammlung der Stadt Itzehoe beschlossene Haushaltsplan mit Haushaltssatzung und den darin enthaltenen Deckungsmöglichkeiten die Basis für das Verwaltungshandeln. Sollten darüber hinaus zusätzliche Aufwendungen bzw. Auszahlungen nötig werden, ist das formelle Verfahren von außer- bzw. überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nach § 95 d GO anzuwenden.

Die Verwaltungsleitung ist ihrer Aufgabe nach § 95 d Abs. 1 Satz 5 GO gegenüber der Ratsversammlung, über die von ihr geleisteten unerheblichen über- und außerplanmäßigen

<sup>3</sup> Landesverordnung über die Aufstellung und Ausführung eines doppelten Haushaltsplanes der Gemeinden (Gemeindehaushaltsverordnung–Doppik – GemHVO-Doppik) vom 14. August 2017





Aufwendungen und Auszahlungen (< 40.000 € nach § 4 Haushaltssatzung 2020) zu berichten, nachgekommen. Eilentscheidungen wurden vom Bürgermeister im Haushaltsjahr 2020 nicht getroffen werden.

Es erfolgte eine stichprobenartige Prüfung dahingehend, ob die haushaltsrechtlichen Bestimmungen und übertragenen Ermächtigungsbefugnisse innerhalb der Verwaltung beachtet wurden. Im Einzelfall ergaben sich unwesentliche Beanstandungen. Diese wurden im Gespräch geklärt oder den betroffenen Sachbearbeitern\*innen wurden entsprechende Hinweise gegeben. In einem Fall wurde eine schriftliche Stellungnahme gefertigt.

Darüber hinaus wurde mit dem Leiter des Amtes für Finanzen vereinbart, dass zukünftig verstärkt darauf geachtet wird, ob die bewilligten über- und außerplanmäßigen Ausgaben überhaupt erforderlich waren.

### 3.3 Vorläufige Haushaltsführung

Mit Wirkung zum 01.01.2020 trat die Haushaltssatzung der Stadt Itzehoe in Kraft. Die kommunalaufsichtliche Genehmigung erfolgte – mit Beschränkungen – mit Erlass vom 30. Januar 2020. Bis einschließlich des Tages der Veröffentlichung der Satzung am 13. März 2020 galten die Regelungen des § 95 c GO über die vorläufige Haushaltsführung. Der Gesetzgeber hat den Kommunen mit dieser Bestimmung enge Grenzen gesetzt, Aufwendungen entstehen zu lassen, Auszahlungen zu leisten sowie Abgaben zu erheben. Die Verwaltung war durch das Schreiben des Amtes für Finanzen vom 19. Dezember 2019 über die Rahmenbedingungen der vorläufigen Haushaltsführung angemessen und frühzeitig unterrichtet worden.

Die Kommunen dürfen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nur Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet sind oder die für die Weiterführung notwendiger Ausgaben unaufschiebbar sind. Sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsleistungen, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren, fortsetzen.

Beim 2. Nachtragshaushalt erstreckte sich die Genehmigungspflicht lediglich auf die Höhe der Kreditemächtigung zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen und die Höhe des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen, so dass mit Schreiben vom 17. November 2020 die vorläufige Freigabe erfolgte. Die Genehmigung wurde am 26. November 2020 mit kleinen Einschränkungen erteilt. Daraufhin erfolgte mit Schreiben vom 27. November 2020 die uneingeschränkte Freigabe des Haushalts zum 14. Dezember 2020. Da die Bekanntmachung nicht wie geplant am 11. Dezember 2020, sondern erst am 18. Dezember 2020 in der Stadtzeitung und auf der städtischen Internetseite veröffentlicht wurde, erfolgte die Freigabe eine Woche zu früh.

Im Rahmen der Prüfung ergaben sich keine Hinweise, dass die Bestimmungen des § 95 c GO nicht beachtet wurden.

### 3.4 Haushaltskonsolidierung

Gem. § 6 Abs. 1 Nr. 8 a) und b) GemHVO-Doppik haben Gemeinden, deren Ergebnisplan im Haushaltsjahr oder in einem der drei nachfolgenden Jahre nach der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nicht ausgeglichen ist oder deren Ergebnissrücklage im neuesten Jahresabschluss weniger als 10 % der allgemeinen Rücklage beträgt, in einer Übersicht die im Haushaltsjahr umgesetzten wesentlichen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung mit ihren finanziellen Auswirkungen im Haushaltsjahr und im Folgejahr sowie die noch nicht





umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung mit ihren möglichen finanziellen Auswirkungen darzustellen. Dieser Verpflichtung wurde nachgekommen.

### 3.5 Kredite

Im Haushaltsjahr 2020 wurden Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von insgesamt 3.275.000,00 € aufgenommen. Die Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen beläuft sich auf 2.500.497,86 €. Die Nettoneuverschuldung beträgt demnach 774.502,14 €. Wie unter Ziffer 4.1.4 dieses Schlussberichts dargestellt, ist der Grad der Verschuldung geringfügig von 14,25 % auf 14,15 % gesunken.

Im Rahmen der Prüfung wurde insbesondere die Vorgehensweise bei der Ermittlung des Kreditbedarfs vor der jeweiligen Kreditaufnahme betrachtet. Zunächst wurde Anfang 2020 betrachtet, ob und in welcher Höhe die Restkreditermächtigung des Vorjahres in Anspruch genommen werden sollte. Dabei wurden die Ermächtigungsvorträge des Finanzhaushalts in voller Höhe (Stand am 07.01.2020: 7.494.988,69 €) berücksichtigt. Demzufolge stand ein wesentlicher Teil der liquiden Mittel von ca. 11,0 Mio. € nicht für die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen 2020 zur Verfügung und es wurde entschieden, ein Kommunaldarlehen in Höhe von 750.000,- € aufzunehmen.

Das Rechnungsprüfungsamt verritt nach wie vor die Auffassung, dass die Umsetzungsquote dauerhaft zwingend erhöht werden muss, damit die Ermächtigungsvorträge sinken und die liquiden Mittel zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen eingesetzt werden können. In den vergangenen Jahren hat sich aber auch gezeigt, dass die Ermächtigungsvorträge nie in voller Höhe zur Auszahlung kamen. Daher wird angeregt, die Ermächtigungsvorträge bei der Überprüfung des Kreditbedarfs zu Beginn des Jahres nicht in voller Höhe, sondern nur teilweise einzubeziehen. Dabei kann auf Erfahrungswerte der Vorjahre zurückgegriffen werden.

Zum 15.06.2020 wurde der zweite Teilbetrag in Höhe von 525.000,- € aus dem im Haushaltsjahr 2019 bewilligten Darlehen aus Mitteln des Kommunalen Investitionsfonds für die *Brandschutzmaßnahme Gemeinschaftsschule am Lehmwohld* abgerufen. Außerdem wurde zum 30.06.2020 ein Kommunaldarlehen über 2.000.000,00 € aufgenommen.

Beanstandungen haben sich keine ergeben. Es handelt sich um zinsgünstige Darlehen, die der Finanzierung von langlebigem Anlagevermögen dienen. Allerdings ist die Vorgehensweise bei der Ermittlung des Kreditbedarfs insgesamt als vorsichtig zu bezeichnen. Aufgrund der hohen Liquidität müssten zudem im Haushaltsjahr 2020 Verwarentgelte in Höhe von 4.992,65 € gezahlt werden. Dieser Betrag wird in den kommenden Jahren steigen. Demzufolge sollte die Höhe der gezahlten Verwarentgelte bei der Bedarfsermittlung berücksichtigt werden.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite (Liquiditätskredit) zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen betrug nach § 2 der Haushaltssatzung 10.000.000,00 €. Insgesamt ergab sich eine nahezu durchgehend positive Liquiditätslage. Kassenkredite wurden im Haushaltsjahr 2020 nicht aufgenommen. Die Zinsaufwendungen für laufende Konten betrugen 62,33 €.



## 4. Bestandteile des Jahresabschlusses

### 4.1 Bilanz

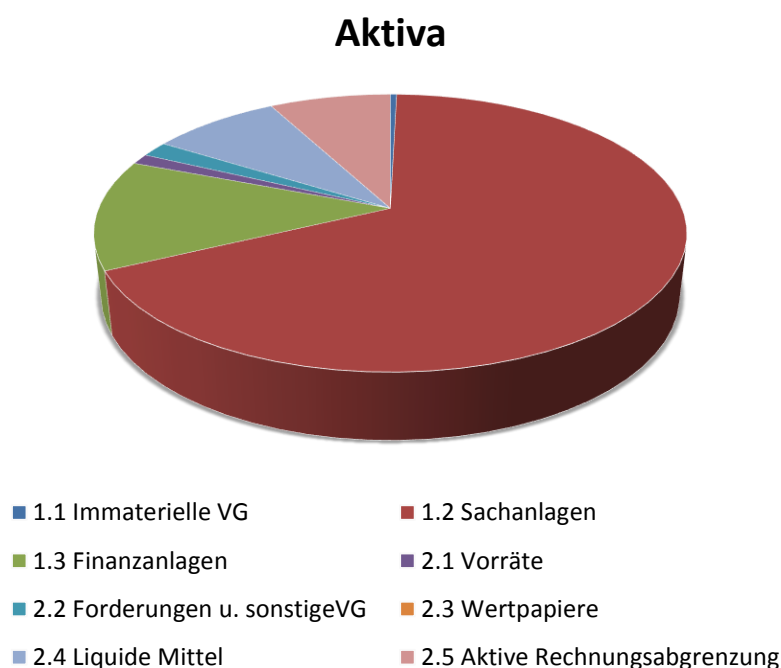
Die Bilanz stellt das Vermögen (Mittelverwendung) und das Kapital (Mittelherkunft) der Kommune zu einem bestimmten Stichtag gegenüber.

#### 4.1.1 Aktiva

Bilanzposition	31.12.2019	31.12.2020	Veränderung +/-
1.1 Immaterielle VG	856.096,34 €	921.502,28 €	65.405,94 €
1.2 Sachanlagen	148.875.749,36 €	152.167.030,09 €	3.291.280,73 €
1.3 Finanzanlagen	30.884.058,90 €	28.990.450,14 €	- 1.893.608,76 €
2.1 Vorräte	2.808.853,49 €	2.735.605,67 €	- 73.247,82 €
2.2 Forderungen u. sonstigeVG	5.006.270,86 €	4.021.175,43 €	- 985.095,43 €
2.3 Wertpapiere	- €	- €	- €
2.4 Liquide Mittel	11.011.744,55 €	18.816.882,26 €	7.805.137,71 €
2.5 Aktive Rechnungsabgrenzung	18.994.449,28 €	17.703.870,07 €	- 1.290.579,21 €
<b>Bilanzsumme</b>	<b>218.437.222,78 €</b>	<b>225.356.515,94 €</b>	<b>6.919.293,16 €</b>

Die Erhöhung der Bilanzsumme ist insbesondere auf die Steigerung der Bilanzwerte bei den Sachanlagen und den liquiden Mitteln zurückzuführen. Demgegenüber stehen Minderungen bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen und den Finanzanlagen.

Das Vermögen der Stadt Itzehoe zum 31.12.2020 setzt sich wie folgt zusammen:





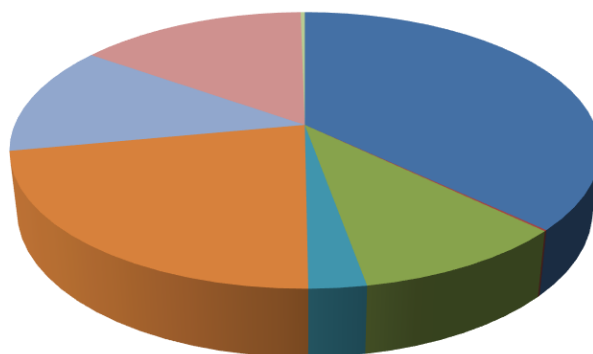
#### 4.1.2 Passiva

Bilanzposition	31.12.2019	31.12.2020	Veränderung +/-
1. Eigenkapital, davon	106.349.137,96 €	112.320.706,69 €	5.971.568,73 €
1.1 Allgemeine Rücklage	83.536.243,32 €	83.536.243,32 €	- €
1.2 Sonderrücklage	294.000,00 €	294.000,00 €	- €
1.3 Ergebnismrücklage	18.594.816,97 €	22.518.894,64 €	3.924.077,67 €
1.4 vorgetragener Fehlbe- trag	- €	- €	- €
1.5 Jahresüberschuss	3.924.077,67 €	5.971.568,73 €	2.047.491,06 €
2. Sonderposten	51.306.461,37 €	49.925.362,29 €	- 1.381.099,08 €
3. Rückstellungen	26.854.020,21 €	28.912.623,83 €	2.058.603,62 €
4. Verbindlichkeiten	33.315.119,34 €	33.589.091,14 €	273.971,80 €
5. Passive Rechnungsab- grenzung	612.483,90 €	608.731,99 €	- 3.751,91 €
<b>Bilanzsumme</b>	<b>218.437.222,78 €</b>	<b>225.356.515,94 €</b>	<b>6.919.293,16 €</b>

Als Folge der positiven Jahresabschlüsse steigt das Eigenkapital weiter an. Eine Steigerung ist auch bei den Rückstellungen zu verzeichnen. Gesunken ist dagegen der Wert der Sonderposten.

Das buchhalterische Kapital der Stadt Itzehoe gliedert sich wie folgt zum 31.12.2020:

#### Passiva



- 1.1 Allgemeine Rücklage
- 1.2 Sonderrücklage
- 1.3 Ergebnismrücklage
- 1.4 vorgetragener Fehlbetrag
- 1.5 Jahresüberschuss
- 2. Sonderposten
- 3. Rückstellungen
- 4. Verbindlichkeiten
- 5. Passive Rechnungsabgrenzung

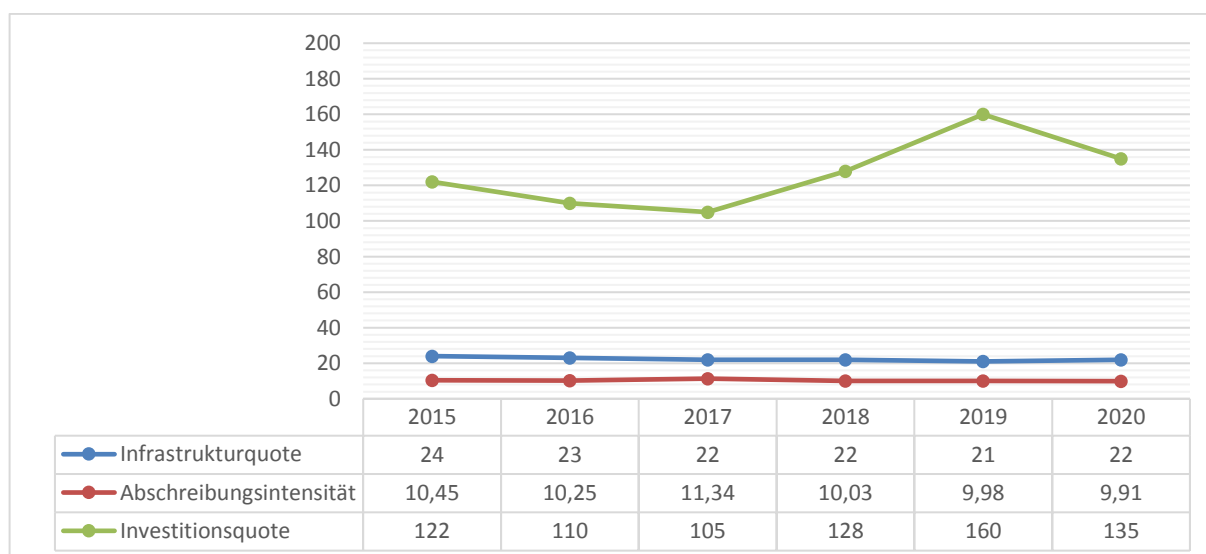
### 4.1.3 Kennzahlen

Kennzahlen werden im Lagebericht ab Seite 24 dargestellt. Abweichend zu den Vorjahren erfolgt die Darstellung der Kennzahl überwiegend in textlicher Form. Nur einige ausgewählte Kennzahlen werden graphisch dargestellt. Auf die Darstellung künftiger Entwicklungen aufgrund von Planwerten wird nahezu ganz verzichtet. Im Rahmen der Prüfung wurde außerdem festgestellt, dass einige Werte falsch berechnet wurden.

Form und Umfang der Angaben zu Kennzahlen im Lagebericht sind nicht festgelegt. Zudem ist ein Vergleich mit anderen Kommunen erst nach Vorlage von Gesamtabschlüssen sinnvoll. Die Kennzahlen können aber dazu genutzt werden, die eigene Entwicklung darzustellen und Rückschlüsse auf Steuerungsbedarfe geben. Hierfür bedarf es einer analytischen Betrachtung der Kennzahlen. Das Rechnungsprüfungsamt regt an, sich mit dieser Thematik verstärkt auseinanderzusetzen. Außerdem sollten zukünftig zumindest ausgewählte Kennzahlen graphisch dargestellt werden.

Die Investitionsquote ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Dennoch kann der Wert von 134 als positiv bezeichnet werden, denn das bedeutet, dass der Substanzverlust durch Vermögensabgänge und Abschreibungen nicht nur kompensiert wird, sondern dass das Anlagevermögen steigt. Auffällig ist, dass die Abschreibungsintensität trotz Wertsteigerung des Anlagevermögens, wenn auch nur geringfügig, weiter sinkt. Ursache ist laut Auffassung des Rechnungsprüfungsamtes zum einen, dass das Infrastrukturvermögen, das insbesondere aus dem Straßennetz besteht und einer hohen Abschreibungsintensität unterliegt, zum Teil veraltet ist. Zum anderen ist der Wert der Anlagen im Bau, der keiner Abschreibung unterliegt, im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen ist. Positiv zu bewerten ist, dass die Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes aus dem Schlussbericht über die Prüfung zum Jahresabschluss 2019, jährlich einen festen Betrag für Investitionen in das Straßenverkehrsnetz bereitzustellen, aufgegriffen wurde und in den Jahren 2022 und 2023 Planungsmittel und ab 2024 Haushaltsmittel von mindestens 750.000,00 € für Investitionen in die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

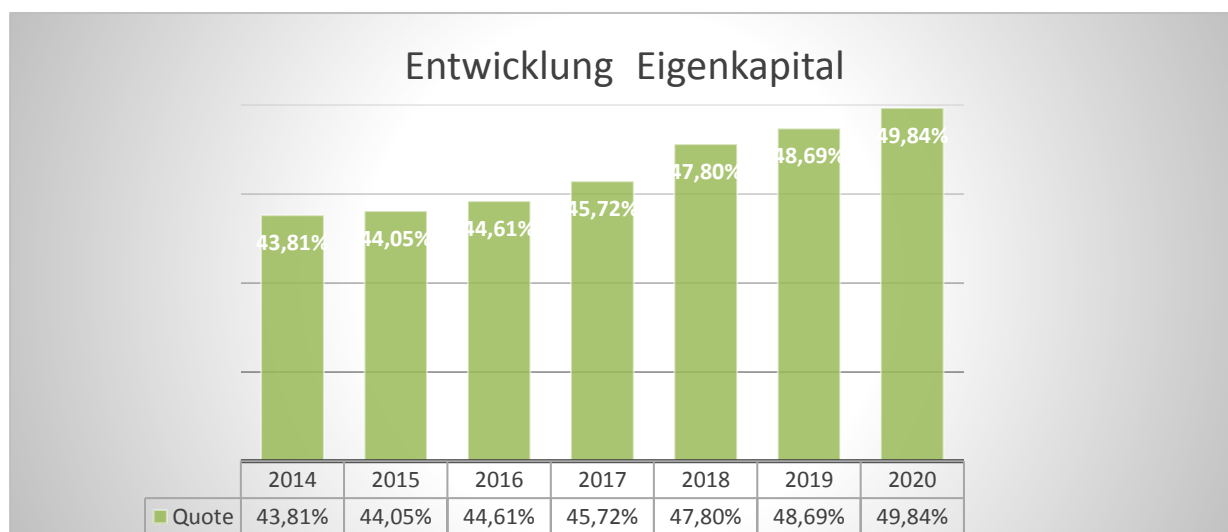
Die Entwicklung der Kennzahlen kann auch der folgenden Graphik entnommen werden:



#### 4.1.4 Entwicklung des Eigenkapitals

Laut Bericht über die Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein vom 29. Dezember 2021 liegt der Durchschnittswert zum 31.12.2020 (Stand 16.12.2021) bezogen auf die kreisangehörigen Städte über 20.000 Einwohner bei 44,0 % (Vorjahr: 42,4 %). Mit einer Eigenkapitalquote von 49,84 % wird der Durchschnittswert überschritten. Die Eigenkapitalausstattung in den herangezogenen Städten ist nach wie vor sehr heterogen. Die zugrunde gelegten Eigenkapitalquoten zum 31.12.2020 liegen zwischen 24,2 % und 70,7 %. Von höherer Bedeutung ist daher die Entwicklung der Eigenkapitalquote.

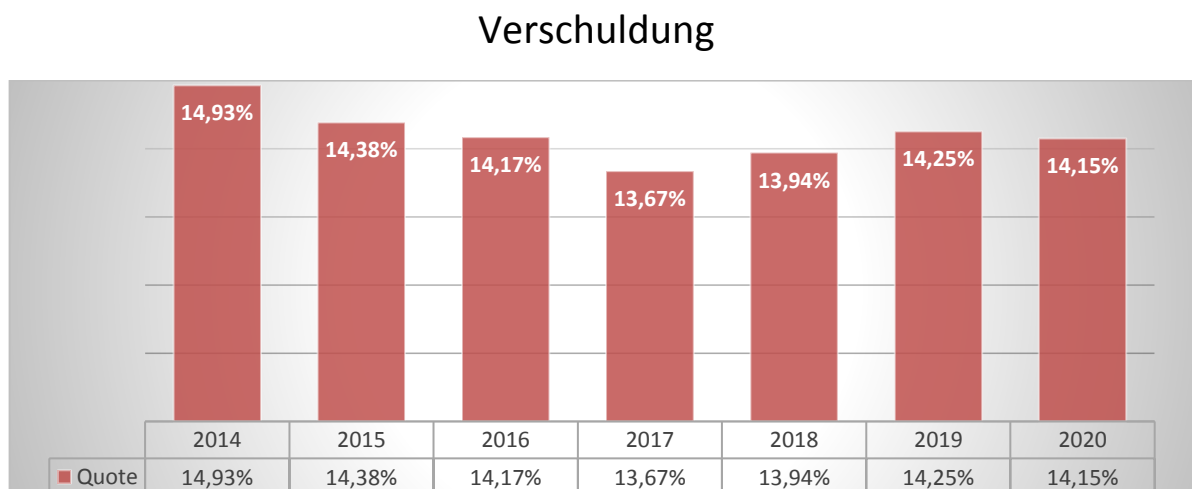
Diese stellt sich wie folgt dar:



Zum Zeitpunkt der Prüfung des Jahresabschlusses 2020 stand bereits fest, dass im Haushaltsjahr 2021 voraussichtliche wiederum ein hoher Jahresüberschuss erzielt werden konnte. Die Entwicklung ist daher weiterhin als positiv zu bezeichnen.

#### 4.1.5 Entwicklung der Verschuldung

Die Entwicklung der Verschuldung ist in der folgenden Übersicht dargestellt:





Dargestellt wird die Höhe der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Verhältnis zur Bilanzsumme. Im I. Nachtragshaushalt 2020 wurde davon ausgegangen, dass sich die Verschuldung unter Einbeziehung der Restkreditermächtigungen 2018 und 2019 bis auf 41.364.452,11€ erhöht. Der tatsächliche Schuldenstand zum 31.12.2020 beläuft sich auf 31.889.452,11 €. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt auf 1.002,72 €/Einwohner (Einwohnerzahl 30.06.2020: 31.803 lt. Statistikamt Nord) an. Damit liegt die Stadt Itzehoe weiterhin unter der durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände Schleswig-Holsteins, die sich laut dem Bericht „Finanzsituation der Kommunen in Schleswig-Holstein“ vom 29. Dezember 2021 auf 1.309,- € beläuft.

Die Unterschreitung des Planwerts ist wie in den Vorjahren darauf zurückzuführen, dass fremdfinanzierte Projekte nicht den erwarteten Umsetzungstand erreicht haben.

#### 4.2 Ergebnisrechnung

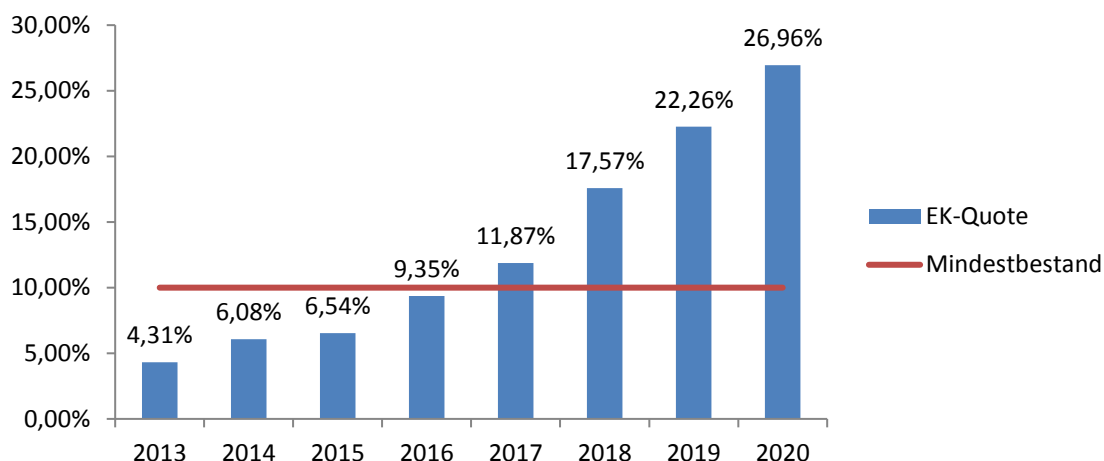
Gem. § 45 GemHVO-Doppik sind Erträge und Aufwendungen getrennt voneinander nachzuweisen. In der folgenden Tabelle werden die Erträge und Aufwendungen der Ergebnisrechnung zusammengefasst dargestellt. Erläuterungen zu Planabweichungen und Entwicklungen der einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen finden sich ab Seite 5 im Lagebericht zum Jahresabschluss 2020.

Ertragslage in T€	2019	2020	Veränderung
Steuern und ähnliche Abgaben	45.193	42.831	- 2.362
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.116	18.712	7.596
Sonstige Transfererträge	-	-	-
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.255	1.748	- 507
Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.202	2.195	- 7
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.363	5.453	1.090
Sonstige ordentliche Erträge	5.154	2.754	- 2.400
Aktiviertete Eigenleistungen	558	478	- 80
Bestandsveränderungen	-	-	-
<b>Ordentliche Erträge*</b>	<b>70.841</b>	<b>74.171</b>	<b>3.330</b>
Personalaufwand	16.895	18.959	2.064
Versorgungsaufwand	291	329	38
Aufwendungen Sach- u. Dienstleistungen	10.071	9.542	- 529
Bilanzielle Abschreibungen	6.842	6.893	51
Transferaufwendungen	25.144	24.665	- 479
Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.625	8.053	428
<b>Ordentliche Aufwendungen*</b>	<b>66.868</b>	<b>68.441</b>	<b>1.573</b>
<b>Verwaltungsergebnis*</b>	<b>3.973</b>	<b>5.730</b>	<b>1.757</b>
Finanzergebnis	- 47	241	288
Ordentliches Ergebnis*	3.926	5.971	2.045
<b>Jahresüberschuss**</b>	<b>3.926</b>	<b>5.971</b>	<b>2.045</b>

\*Die Abweichung ist auf Rundung zurückzuführen

Wie in den Vorjahren ist festzustellen, dass der Einfluss auf die Entwicklung der Jahresergebnisse gering ist. Hauptgrund dafür war in der Vergangenheit, dass sowohl die Haupteinkommensquellen als auch die Positionen mit den höchsten Aufwendungen jährlichen Schwankungen ausgesetzt und gleichzeitig wenig beeinflussbar sind. Erschwerend kam im Haushaltsjahr 2020 hinzu, dass die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nicht abschätzbar waren. Das positive Jahresergebnis ist insbesondere auf den finanziellen Ausgleich durch das Land zur Kompensation der krisenbedingten Ausfälle gemeindlicher Gewerbesteuerereinnahmen zurückzuführen.

Unter Einbeziehung des Jahresüberschusses 2020 wird die Ergebnismittelquote auf 26,96 % steigen. Die Entwicklung kann der folgenden Graphik entnommen werden.



### 4.3 Finanzrechnung

Die Finanzrechnung gibt einen Überblick über die Liquidität. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegen. Das ist darauf zurückzuführen, dass am 15. Dezember 2020 die Kompensationszahlung zum Ausgleich krisenbedingter Ausfälle gemeindlicher Gewerbesteuerereinnahmen von über 6,6 Mio. € eingegangen ist. Zum Zeitpunkt der Prüfung war allerdings auch bekannt, dass der Bestand zum 31. Dezember 2021 auf über 33 Mio. € angestiegen ist. Beim Abgleich des Bilanzwertes mit der Finanzrechnung wurden keine Differenzen festgestellt.

Finanzrechnung	Ist 2019	Plan 2020	Ist 2020	Abweichung Plan/Ist
Saldo Verwaltungstätigkeit	5.013.374,25 €	5.433.100,00 €	12.602.046,62 €	7.168.946,62 €
Saldo Investitionstätigkeit	- 9.996.542,52 €	- 10.158.500,00 €	- 5.473.810,09 €	4.684.689,91 €
Saldo fremde Finanzmittel	- 220.899,21 €	- €	- 97.600,96 €	- 97.600,96 €
Saldo Finanzierungstätigkeit	1.263.119,66 €	5.499.500,00 €	774.502,14 €	- 4.724.997,86 €
Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln	- 3.940.947,82 €	774.100,00 €	7.805.137,71 €	7.031.037,71 €





Anfangsbestand Finanzmittel	14.952.692,37 €	11.011.744,55 €	11.011.744,55 €	- €
<b>Endbestand Finanzmittel = Liquide Mittel</b>	<b>11.011.744,55 €</b>	<b>11.785.844,55 €</b>	<b>18.816.882,26 €</b>	<b>7.031.037,71 €</b>

Die liquiden Mittel dienen wie in den Vorjahren zur Deckung der Ermächtigungsvorträge und stehen daher nicht zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Auf die Empfehlung unter Ziffer 3.5 *Kredite* sowie die Ausführungen unter Ziffer 5.2 *Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen* wird verwiesen.

#### 4.4 Teilrechnungen

Die produktorientierten Teilrechnungen sind in die Prüfung des Jahresabschlusses einbezogen worden. Die Teilrechnungen entsprechen der in § 47 GemHVO-Doppik vorgeschriebenen Form.

Die internen Leistungsbeziehungen zwischen den Teilergebnishaushalten wurden angemessen veranschlagt und verrechnet; die Erträge und Aufwendungen sind insgesamt ausgeglichen.

#### 4.5 Anhang

Der Anhang – gemäß § 44 Absatz 1 Nr. 5 GemHVO-Doppik ein Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses – ist unter Beachtung des § 51 GemHVO-Doppik aufzustellen. Er dient neben der Darstellung der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der besonderen Erläuterung von einzelnen Bilanzpositionen und besonderen Sachverhalten.

Der Anhang einschließlich der beigefügten Anlagen entspricht mit Ausnahme des Anlagen spiegels für Zuschüsse, Zuwendungen und Beiträge (siehe Ausführungen unter *Ziffer 5.1 Veränderungen des Anlagevermögens*) und dem Forderungsspiegel den Vorgaben und Mindestinhalten aus § 51 GemHVO-Doppik. Alle erforderlichen Angaben und Erläuterungen sind enthalten.

#### 4.6 Lagebericht

Gemäß § 44 Abs. 2 GemHVO-Doppik ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht beizufügen. Nach § 52 GemHVO-Doppik ist dieser so zu fassen, dass er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt. Es soll ein Rückblick auf das Haushaltsjahr gegeben und der Verlauf von Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit zusammengefasst werden. Außerdem soll er Schlussfolgerungen für die zukünftige Haushaltswirtschaft enthalten, indem Konsolidierungserfordernisse und entsprechende Umsetzungsmaßnahmen darzustellen sind.

Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Anforderungen gemäß § 52 GemHVO-Doppik.

### 5. Ergebnisse aus Schwerpunktprüfungen

#### 5.1 Veränderungen des Anlagevermögens

Den Unterlagen zum Jahresabschluss 2020 waren zum einen die Nachweise über die aktivierten Anlagegüter und der nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten unterteilt nach Projekten beigefügt. Belege waren nicht beigefügt, da diese zentral archiviert werden und das Rechnungsprüfungsamt auf das Archiv zugreifen kann. Das gilt allerdings nicht für das Treuhandvermögen. Diese Auszahlungen werden vom Treuhänder geleistet, dem



auch die Kontoverwaltung obliegt. Erwartet wird daher, dass bei der Aktivierung bzw. der Verbuchung von nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten aus dem Treuhandvermögen zukünftig die Belege beigelegt werden. Daneben lagen die Protokolle der Schnittstellenläufe aufgrund von Bestandsveränderungen sowie der Abschreibungsläufe vor. Für Rückfragen stand die Anlagenbuchhalterin zur Verfügung.

Festgestellt wurde, dass der Anlagenspiegel für Zuschüsse, Zuwendungen und Beiträge nicht dem Muster zu § 51 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO-Doppik entsprach (Anlage 24). Zudem wurden beim Abgleich der Restbuchwerte mit den Beständen der Schlussbilanz Differenzen festgestellt. Probehaltig wurde vom Rechnungsprüfungsamt eine weitere Ausfertigung generiert. Diese wies keine Abweichungen auf. Das Rechnungsprüfungsamt geht davon aus, dass zukünftig das richtige Muster verwendet wird und empfiehlt, im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten die Restbuchwerte des Anlagenspiegels mit den Beständen der Schlussbilanz abzugleichen.

Ausgangspunkt der Prüfung war wie im Vorjahr sämtliche Veränderungen des Anlagenspiegels. Es wurden stichprobenmäßig Einzelfallprüfungen bei den Konten durchgeführt, deren Bestände im Vergleich zum Vorjahr die höchste Veränderungsquote aufweisen, unabhängig davon, ob es sich um Zugänge, Abgänge oder Umbuchungen handelte.

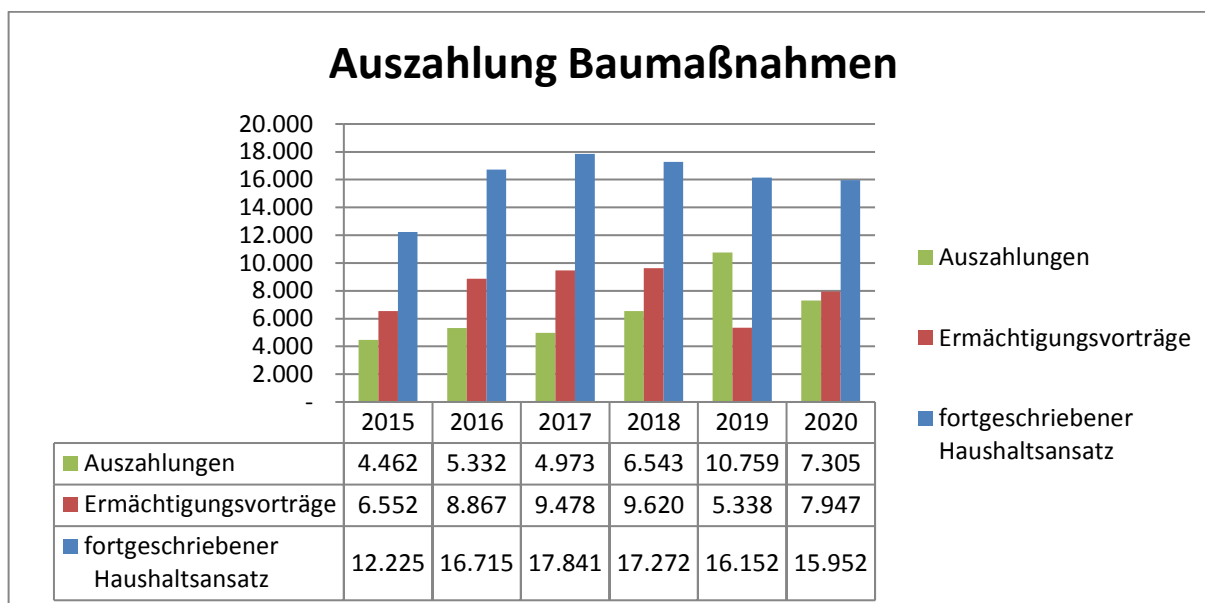
Es ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen. Wie im Vorjahr wird bemängelt, dass ein Abgleich zwischen den Zuganglisten und den Zugängen lt. Anlagenspiegel nicht möglich ist, weil in der Zugangliste nicht alle Bewegungsbuchungen dargestellt werden.

## **5.2 Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen**

Gem. § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik bleiben Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Gegenstand oder der Bau in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

Eine Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen 2020 ist dem Anhang zum Jahresabschluss wie gesetzlich vorgeschrieben als Anlage beigelegt. Demnach belaufen sich die übertragenen Auszahlungen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf 9.513.647,30 €. Dieser Betrag stimmt mit dem in der Finanzrechnung ausgewiesenen Betrag überein.

Der überwiegende Teil der Ermächtigungsvorträge entfällt auf Auszahlungen für Baumaßnahmen (Kontenart 783). Die Betrachtung zur Entwicklung der Ermächtigungsvorträge für diesen Kontenbereich wird daher auch in diesem Jahr fortgesetzt:



Die Höhe der Ermächtigungsvorträge ist gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen. Obwohl vermehrt mit Verpflichtungsermächtigungen gearbeitet wird und die Planwerte für Auszahlungen im Rahmen der Nachtragsplanung entsprechend den Baufortschritten angepasst werden, übersteigen die Ermächtigungsvorträge wie in den Jahren 2015 bis 2018 die Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Durch Ermächtigungsvorträge werden liquide Mittel gebunden, so dass sie nicht für die Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen. Das führt dazu, dass trotz hoher Liquidität Kredite zur Finanzierung aufgenommen werden müssen. Gleichzeitig müssen aufgrund des hohen Bestands an liquiden Mitteln Verwarentgelte in steigender Höhe gezahlt werden. Hohe Ermächtigungsvorträge erschweren zudem die Planung der liquiden Mittel.

Gem. § 10 Abs. 3 GemHVO-Doppik sind Einzahlungen und Auszahlungen in Höhe der voraussichtlich zu leistenden Beträge zu veranschlagen. Das Rechnungsprüfungsamt ist weiterhin der Auffassung, dass dieser allgemeine Planungsgrundsatz zu wenig Berücksichtigung findet. Bei der Planung von Investitionsmaßnahmen bedarf es auch immer einer Prüfung, ob die Maßnahme personell und organisatorisch umgesetzt werden kann. Dies scheint im Hinblick auf die Entwicklung der Ermächtigungsvorträge nicht der Fall zu sein. Verwiesen wird zudem auf die Ausführungen zu Ziffer 4.1.3 Kennzahlen. Demnach sollte bei der Haushaltsplanung nicht nur betrachtet werden, in welcher Höhe Investitionen getätigt werden können, sondern auch in welchen Bereichen Investitionen erforderlich sind.

### 5.3 Forderungen einschließlich Wertberichtigungen

Die Forderungen zum 31.12.2020 belaufen sich lt. Schlussbilanz auf 4.021.175,43 €. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Minderung um 985.095,43 €.



Im Wesentlichen ist die Minderung wie im Vorjahr darauf zurückzuführen, dass Maßnahmen aus dem Städtebauförderungsprogramm fertig gestellt wurden. Die Bestände auf dem Treuhandkonto werden bilanztechnisch unter Ziffer 2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände als Forderungen ausgewiesen. Nach Fertigstellung erfolgte im Haushaltsjahr 2020 die Umbuchung in das Anlagevermögen, so dass der Bestand um 873.501,86 € auf 1.311.050,66 € gesunken ist.

Seit der Prüfung des Jahresabschlusses 2017 empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt den Aufbau eines zentralen Forderungsmanagements. An dieser Empfehlung wird u.a. aus folgenden Gründen festgehalten:

- Die Höhe der Forderungen muss zu jedem Zeitpunkt beziffert werden können. Laut Aussage des Leiters der Finanzbuchhaltung ist dies jedoch nicht möglich.
- Nach wie vor erfolgt keine Unterscheidung zwischen befristeten und unbefristeten Niederschlagungen mit der Folge, dass im Jahresabschluss Forderungen ausgewiesen werden, die nicht mehr realisierbar sind. Dies steht im Widerspruch zum Vorsichtsprinzip gem. § 39 Abs. 1 Ziffer 3 GemHVO.
- Eine einheitliche Vorgehensweise bei der Beitreibung von privatrechtlichen Forderungen ist weiterhin nicht gewährleistet, da die Finanzbuchhaltung lediglich für die Beitreibung der öffentlich-rechtlichen Forderungen zuständig ist. Bei der Einzelfallprüfung im Zusammenhang mit der Prüfung des Jahresabschlusses wurden deutliche Mängel festgestellt. Entsprechende schriftliche Hinweise gingen an die Fachabteilungen.
- Zu dem Mindestinhalt der Dienstanweisung zur Sicherstellung der Aufgaben der Finanzbuchhaltung gehören gem. § 36 Abs. 2 Nr. 3j GemHVO-Doppik Bestimmungen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Ansprüchen der Gemeinde. Bei der Veränderung von Ansprüchen handelt es sich demzufolge um eine Aufgabe der Finanzbuchhaltung. Bei der Stadt Itzehoe obliegt diese Aufgabe den Fachabteilungen. Bei der im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses durchgeführten Einzelfallprüfung wurde festgestellt, dass die zugrunde zu legenden Vorschriften oftmals nicht angewandt werden oder gar nicht bekannt sind.
- Bei der wertmäßigen Betrachtung der Forderungen handelt es sich um einen laufenden Prozess. Es reicht nicht, einmal jährlich im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten eine Wertberichtigung nach überwiegend pauschalisiertem Verfahren durchzuführen

Das Rechnungsprüfungsamt empfiehlt dringend den Aufbau eines zentralen Forderungsmanagements. Es wird um Stellungnahme gebeten. Erwartet wird, dass in der Stellungnahme auch auf die nicht gesetzeskonforme Aufgabenwahrnehmung eingegangen wird.



## 6. Systemprüfung

Die Prüfung erstreckt sich darauf, ob das Buchführungs- und Rechnungswesen im Hinblick auf Art und Größe der Kommune angemessen, zuverlässig und sicher ist.

### 6.1 EDV-gestützte Buchführung

Gemäß § 33 GemHVO-Doppik hat die Buchführung alle Geschäftsvorfälle sowie die Vermögens- und Schuldenlage nach dem System der doppelten Buchführung und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung in den Büchern klar ersichtlich und nachprüfbar aufzuzeichnen.

Zum Zeitpunkt der Prüfung wird die CIP-KD Version 4.2.10 (Update 6) der Fa. mps public solutions gmbh (mps) eingesetzt. Das vorliegende Zertifikat von der TÜV Informationstechnik GmbH als Nachweis für die Erfüllung der Prüfanforderungen aus den Katalogen OKKSA e.V. (Offener Katalog Kommunalen Software Anforderungen) FÜ.B V5.02 und DP.SH V 7.00 mit einer Gültigkeitsdauer bis 30. April 2023 bezieht sich auf das Fachprogramm CIP-KD, Version 4.2.9 und gilt nur für die Programmmodule Haushaltsplan, Mittelbewirtschaftung, Abgaben, Kasse, Inventarverwaltung und Anlagenbuchhaltung. Für weitere genutzte Programmmodule wie z.B. für die Bereiche Steuern und Archiv liegt nach wie vor kein gültiges Zertifikat vor. Mit Datum vom 24. Februar 2022 hat mps nach einer intensiven Prüfung der internen Abläufe, Dokumentationen und Regeln die Datenschutz-Zertifizierung nach dem ITR Standard CPS 100 erhalten.

Eine ordnungsgemäße Freigabe der Fachanwendung bei Einführung im Jahr 1998 ist seinerzeit nicht erfolgt. Die Fachadministration erfolgt durch eine Sachbearbeiterin der Abteilung Finanzen. Die Überarbeitung des Freigabeverfahrens bei Updates ist zwischenzeitlich abgeschlossen.

### 6.2 Datenschutz

Mit Wirkung vom 23.05.2018 wurde die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes zur behördlichen Datenschutzbeauftragten der Stadt Itzehoe bestellt. Stellvertreterin ist die zweite Verwaltungsprüferin im Rechnungsprüfungsamt. Aufgabe der behördlichen Datenschutzbeauftragten ist neben der Beratung des Verantwortlichen und der Beschäftigten auch die Überwachung der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften. Darüber hinaus sind die behördlichen Datenschutzbeauftragten Ansprechpartner für die Aufsichtsbehörde, dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein. Der Schwerpunkt der Tätigkeit im Haushaltsjahr 2020 war nach wie vor die Beratung der Beschäftigten der Verwaltung im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit.

### 6.3 Internes Kontrollsystem (IKS)

Das IKS umfasst die Gesamtheit aller von der Verwaltungsleitung eingesetzten Verfahren, Methoden, Richtlinien und Maßnahmen, die dazu dienen, eine ordnungsgemäße Umsetzung des Verwaltungshandelns sicherzustellen. Folglich dient es nicht nur zur Korruptionsprävention, sondern auch der Qualitätssicherung bei der Aufgabenerfüllung.

Das IKS ist abzugrenzen von der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgt durch Personen, die nicht in die Vorgänge eingebunden sind. Prüfungen sind folglich überwiegend vergangenheitsorientiert. Kontrollen im Rahmen des IKS haben möglichst präventiv bzw. parallel zum Vorgang zu erfolgen.



Das IKS bei der Stadt Itzehoe ist ansatzweise eingerichtet z.B. durch Anwendung des sog. „Mehr-Augen-Prinzips“, der Errichtung einer zentralen Geschäftsbuchhaltung und Beachtung der Funktionstrennung zwischen anweisender und buchender Stelle. Ein IKS ist jedoch ein fortlaufender Prozess, der kontinuierlich geplant, umgesetzt, überwacht und verbessert werden muss. Das Rechnungsprüfungsamt hält es daher für sinnvoll, eine Dienstanweisung zur künftigen Entwicklung des IKS zu erarbeiten. In der Sitzung des Finanzausschusses am 28.05.2018 wurde mitgeteilt, dass sich diese in Arbeit befindet. Bis zum Abschluss der Prüfungen ergab sich weiterhin kein neuer Sachstand.

#### **6.4 Belegkontrolle gemäß § 116 Abs. 1 Nr. 2 GO**

Die Belegkontrolle fand stichprobenweise statt. Ziel der Belegkontrolle war es, festzustellen, ob

- a) die angeordneten Einnahmen und Ausgaben den angegebenen Produktsachkonten richtig zugeordnet waren,
- b) die Anordnungen korrekt erstellt und von den dazu Ermächtigten unterzeichnet worden sind,
- c) den Anordnungen die notwendigen begründenden Belege beigelegt waren,
- d) die Skontoabzugsmöglichkeiten beachtet worden sind,
- e) die rechnerische und sachliche Richtigkeit bescheinigt worden ist,
- f) bestätigt wurde, dass die finanziellen Mittel haushaltsrechtlich zur Verfügung standen und die mit der Zahlung verbundene Leistung gemäß § 95 c der GO erforderlich war,
- g) das RPA im Rahmen der Visa-Kontrolle beteiligt worden ist.

Es wurden Belege folgender Produktsachkonten geprüft:

11113.0791000 Sammelposten für VG des Anlagevermögens 150 € bis 1.000 €  
11115.0100000 Immaterielle Vermögensgegenstände  
11111.5291700 Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit  
11114.5291800 Repräsentationen  
11117.5291850 Aufwendungen für Städtepartnerschaften  
12601.4487000 Erträge aus Kostenerstattungen von Unternehmen  
27201.5291500 Medienerwerb  
36501.5291410 Arbeitsmaterial  
55103.4411010 Pacht für Kleingärten

Die Belegprüfung der vorstehend genannten Produktsachkonten hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wurde allerdings festgestellt, dass der Buchungssatz „Keine Buchung ohne Beleg“ bezogen auf bestimmte Geschäftsvorfälle nicht berücksichtigt wurde. Von einer Prüfungsbemerkung im Schlussbericht 2019 wurde zunächst abgesehen. Stattdessen ergingen entsprechende schriftliche Hinweise an die betroffenen Fachabteilungen sowie an die Finanzbuchhaltung. Die Überprüfung im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2020 ergab, dass bei den folgenden Produktsachkonten nach wie vor keine buchungsbe gründenden Unterlagen beigelegt werden:

52101.4311010 Baugenehmigungsgebühren





52101.4311020 Fotokopiergebühren  
52101.4561000 Bußgelder

Gem. § 33 Abs. 1 GemHVO-Doppik gelten bei der Buchführung die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB). Diese Grundsätze beinhalten auch das sog. Belegprinzip. Es ist gem. § 11 Abs. 1 S. 2 der Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung Aufgabe der Finanzbuchhaltung die durch die Ämter erstellten Zahlungsanordnungen hinsichtlich formaler Anforderungen wie dem Beifügen buchungsbegründender Unterlagen zu überprüfen. Es wird um Stellungnahme gebeten.

## 6.5 Inventar, Inventur

Gemäß § 37 Abs. 1 GemHVO-Doppik hat die Gemeinde zu Beginn des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungsführung nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung und danach für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres ihre Grundstücke, ihre Forderungen und Schulden, den Betrag ihres baren Geldes sowie ihre sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden anzugeben. Auf Grundlage dieser Regelung wurde die Dienstanweisung über die Durchführung der Inventur bei der Stadt Itzehoe erstellt, die am 18.12.2013 in Kraft getreten ist. Ergänzt wird die Dienstanweisung durch eine Inventuranweisung zur Aufnahme des beweglichen und immateriellen Anlagevermögens der Stadt Itzehoe.

Die Sach-, Personal- und Zeitpläne für die 8. Inventurphase der Stadt Itzehoe vom 03. Dezember 2020 kann entnommen werden, in welchen Bereichen zum 31.12.2020 eine Inventur durchgeführt wurde.

Es ergaben sich keine Hinweise auf etwaige Mängel.

**Das Buchführungs- und Rechnungswesen bei der Stadt Itzehoe ist mit Ausnahme der o.g. Einschränkungen insgesamt als angemessen, sicher und zuverlässig einzustufen.**

## 7. Umsetzung der Prüfungsbemerkungen aus den Vorjahren

Berichtet wird über den Umsetzungsstand zu den Prüfungsbemerkungen des Vorjahres sowie zu den Prüfungsbemerkungen der Vorjahre, die noch nicht umgesetzt wurden.

### 7.1 Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Die Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen war auch Schwerpunkt bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2020. Es wird daher auf die Ausführungen unter *Ziffer 5.2 Höhe der Ermächtigungsvorträge für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen* verwiesen.





## 7.2 Rückstellung Übergangsgeld feuerwehrtechnischer Dienst

Seit dem Schlussbericht zum Jahresabschluss 2016 wird vom Rechnungsprüfungsamt beanstandet, dass für die Gerätewarte der Feuerwache seit dem Haushaltsjahr 2016 Rückstellungen gebildet werden, obwohl die tariflich festgelegten Voraussetzungen, die Einstufung als Beschäftigte im kommunalen feuerwehrtechnischen Dienst, nicht vorliegen. Dies war der Verwaltung zum Zeitpunkt der erstmaligen Bildung der Rückstellung auch bekannt. Verwiesen wird auf den Prüfungsbericht vom 28. Dezember 2012. Die Verwaltung vertritt die Auffassung, dass durch die Entscheidung des Bürgermeisters, die Gerätewarte ab 01. Januar 2008 als kommunale feuerwehrtechnische Angestellte anzusehen, die Sonderregelungen zur Übergangsversorgung für Beschäftigte im Einsatzdienst anzuwenden sind. Darüber hinaus wurde in der Sitzung des Finanzausschusses am 28. Mai 2018 vom Leiter des Hauptamtes mitgeteilt, dass die Entscheidung zur Bildung einer Rückstellung wegen der Besitzstandswahrung weiter nachwirkt.

Dieser Auffassung kann sich das Rechnungsprüfungsamt nicht anschließen. Tarifrrechtliche Tatbestandsmerkmale müssen erfüllt sein und können nicht durch eine Entscheidung des Bürgermeisters ersetzt werden. Ebenso wenig erschließt sich dem Rechnungsprüfungsamt, wie eine Entscheidung, die zu keinem Zeitpunkt rechtmäßig war, Besitzstandswahrung auslösen kann.

Auf die Problematik im Zusammenhang mit der Eingruppierung der Gerätewarte wurde in den Schlussberichten der Vorjahre regelmäßig hingewiesen. Die Erwartung des Rechnungsprüfungsamtes, die stellenplanrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Neu- und Nachbesetzungen bei Ausscheiden der Stelleninhaber rechtskonform vorgenommen werden können, wurde nicht erfüllt. Seit dem Haushaltsjahr 2021 wird im Stellenplan bei den fünf Planstellen für Feuerwehrgerätewarte\*innen auf die Feuerwehruzulage hingewiesen, ergänzt um den Zusatz „Bewertung ist zu prüfen“. Im Schlussbericht zur Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wurde daher um Übersendung der Ergebnisse im Zusammenhang mit der Überprüfung der Bewertung gebeten.

Der Auffassung der Verwaltung, dass die Gerätewarte Besitzstandswahrung genießen, kann sich das Rechnungsprüfungsamt im Hinblick darauf, dass die Entscheidung niemals rechtmäßig war, nicht anschließen. Das Rechnungsprüfungsamt erwartet nach wie vor die Rückabwicklung der Rückstellung „Übergangsgeld feuerwehrtechnischer Dienst“. Es wird um Stellungnahme gebeten. Weiterhin wird um Vorlage der Ergebnisse in Folge der Überprüfung der Bewertung gebeten.

## 7.3 Verfahren bei der Verbuchung von Rückstellungen

Wie im Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 vom 07. Februar 2020 unter *Ziffer 5.3 Die Abweichungen und Steigerungen in der Ergebnisrechnung bei den sonstigen Erträgen* dargestellt, ist das Rechnungsprüfungsamt der Auffassung, dass das Verfahren bei der Verbuchung von Rückstellungen durch das Amt für Finanzen grundsätzlich zu überarbeiten ist. Das Amt für Finanzen hat mit Schreiben vom 17. Februar 2020 ausführlich Stellung dazu genommen. Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Thematik sollte die Angelegenheit bei der nächsten Zusammenkunft der Kämmerer der Mittelstädte Schleswig-Holsteins angesprochen werden. Anlässlich eines Gesprächs im Zusammenhang mit der



Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wurde zudem vereinbart, dass das Rechnungsprüfungsamt das Thema im Arbeitskreis der Leiter der Rechnungsprüfungsämter der Mittelstädte Schleswig-Holsteins erörtert. Bislang fand lediglich eine Zusammenkunft der Kämmerer der Mittelstädte Schleswig-Holsteins statt. Danach wurde dem Rechnungsprüfungsamt mitgeteilt, dass es unterschiedliche Auffassungen gibt und dass es anscheinend keine einheitliche Linie zwischen den Rechnungsprüfungsämtern und dem Landesrechnungshof gibt. Die in diesem Zusammenhang genannten Beispiele konnten bei telefonischer Rückfrage bei den betreffenden Rechnungsprüfungsämtern allerdings nicht bestätigt werden. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises der Leiter der Rechnungsprüfungsämter findet im September/Oktober statt. Dort wird auch der Landesrechnungshof vertreten sein. Die Unterzeichnerin wird anregen, die Verbuchung von Rückstellungen als Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen.

## **8. Übersicht über die weiteren Prüfungshandlungen**

### **8.1 Regelmäßige durchzuführende Prüfungen**

Es handelt sich um Prüfungen, die aufgrund der Regelungen in der GO, der Rechnungsprüfungsordnung oder der Entscheidung des Bürgermeisters vom 14. Oktober 2002 laufend bzw. jährlich durchzuführen sind.

#### **8.1.1 Prüfung der Finanzbuchhaltung 2020**

Während der Kassenbestandsaufnahme am 13. August 2020 wurde Übereinstimmung zwischen dem Soll und Ist des Kassenbarbestands festgestellt. Der tägliche Bargeldbestand (10.000 € gemäß § 26 DA Finanzbuchhaltung) wurde nicht überschritten. Der Wert der Verwahrungen betrug zum Prüfungszeitpunkt 2.803.961,94 € und umfasste 241 Konten. Die Prüfung des Wertverwargelasses gab keinen Anlass zu grundsätzlichen Bedenken. Die äußere und die innere Kassensicherheit wurden als ausreichend angesehen. Allerdings wurde im Rahmen der Prüfung festgestellt, dass die bereits im Januar 2019 beschaffte Alarmerungssoftware nicht in Betrieb genommen wurde.

Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs ist nicht zu beanstanden und die Kassengeschäfte werden grundsätzlich ordnungsgemäß und wirtschaftlich erledigt. Probleme werden nach wie vor bei der Abwicklung der Mahnverfahren und teilweise auch im Bereich der digitalen Belegabgabe festgestellt. Völlig vernachlässigt wird in der Finanzbuchhaltung die Freigabe von Verfahren und Programmen.

Aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes besteht insbesondere bei der Organisation und Abwicklung des Mahnwesens deutlicher Optimierungsbedarf. Darüber hinaus ist das Rechnungsprüfungsamt der Auffassung, dass die technischen Möglichkeiten der Fachanwendung effizienter genutzt werden könnten. Demzufolge wurde die Durchführung eines CIP-Inhouse-Seminars empfohlen.

#### **8.1.2 Vergabe und Auftragswesen**

Gem. § 3 Abs. 1 der Rechnungsprüfungsordnung<sup>4</sup> i.V. mit § 23 AVO<sup>5</sup> und § 23 KSI AVO<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Rechnungsprüfungsordnung für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Itzehoe vom 27. Mai 2014

<sup>5</sup> Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Stadt Itzehoe in der Fassung vom 30. Januar 2020

<sup>6</sup> Ausschreibungs- und Vergabeordnung des KommunalSERVICE in der Fassung vom 12. November 2020



sind Vergabeunterlagen der Ausschreibungsverfahren für Bauleistungen und für Leistungen freiberuflich Tätiger, die den Betrag von 30.000,- €, und für sonstige Lieferungen und Leistungen, die den Betrag von 10.000,- € übersteigen, dem Rechnungsprüfungsamt vor Entscheidung über die Auftragserteilung vorzulegen.

Seit dem 18. Oktober 2018 müssen Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich grundsätzlich elektronisch durchgeführt werden. Die Verwaltung beauftragt seitdem bei europaweiten Vergaben externe Berater mit der Durchführung der Vergabeverfahren. Im Unterschwellenbereich ist die elektronische Vergabe in Schleswig-Holstein gesetzlich nicht vorgeschrieben. Unabhängig davon wird die elektronische Vergabe auch in diesem Bereich immer mehr zum Standard.

Durch Inkrafttreten des Vergabegesetz Schleswig-Holstein (VGSH)<sup>7</sup> zum 01. April 2019 haben sich zudem weitere Veränderungen im Vergaberecht ergeben. Diese erstrecken sich insbesondere auf die Vergabe von öffentlich-rechtlichen Liefer- und Dienstleistungen. In diesem Bereich ist seitdem bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte die Unterschwellenvergabeordnung<sup>8</sup> anzuwenden.

Es ist weiterhin festzustellen, dass der Aufwand, der in einigen Fällen betrieben wurde, um das Vergaberecht zu umgehen ungleich höher war als der Aufwand, der für die Durchführung eines rechtssicheren Vergabeverfahrens angefallen wäre. Aus Sicht des Rechnungsprüfungsamtes ist das insbesondere auf Unsicherheiten aufgrund fehlender Rechtskenntnisse zurückzuführen. Zudem wurde vermehrt festgestellt, dass auf die Anwendung des Vergaberechts „verzichtet“ wird. Dabei wird völlig ignoriert, dass die Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden ist.

Bereits seit Prüfung des Jahresabschlusses 2016 empfiehlt das Rechnungsprüfungsamt die Errichtung einer zentralen Vergabestelle. Diese Empfehlung wird Aufrecht erhalten. Das Vergaberecht befindet sich ständig im Wandel und ist von Neuerungen betroffen. Durch Bündelung von Fachwissen auf eine zentrale Stelle können Vergabeverfahren rechtssicherer, aber auch effektiver gestaltet werden. Zudem ist eine zentrale Vergabestelle weniger korruptionsanfällig.

### 8.1.3 Schlussrechnungen im Baubereich ab 5.000,- €

Bei Schlussrechnungen im Baubereich ist vor Auszahlung eine Visa-Kontrolle durch das Rechnungsprüfungsamt durchzuführen, wenn die Kosten der Gesamtmaßnahme einschließlich aller Nachträge den Betrag von 5.000,- € übersteigen. Wie im Vorjahr ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen. Allerdings ist festzustellen, dass der Erläuterungsbedarf in Folge unzureichender Dokumentation gestiegen ist. Das Rechnungsprüfungsamt geht in diesen Fällen grundsätzlich so vor, dass die betroffenen Beschäftigten angeschrieben und um schriftliche Erläuterung gebeten werden.

<sup>7</sup> Vergabegesetz Schleswig-Holstein (VGSH) vom 08. Februar 2019, GVObI. 2019, 40

<sup>8</sup> Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO) in der Fassung vom 02. Februar 2017 (BAnz. AT 07. Februar 2017, B1, 8. Februar 2017 B1)



#### 8.1.4 Nachträgliche Prüfung von Personalvorgängen

Bei einem Grundsatzgespräch am 12. März 2019 wurde sich dahingehend vereinbart, dass die Personalabteilung dem Rechnungsprüfungsamt monatlich im Nachhinein eine Übersicht vorlegt, der entnommen werden kann, welche personellen Veränderungen sich ergeben haben. Das Rechnungsprüfungsamt hat dann die Möglichkeit, konkrete Vorgänge anzufordern.

Im Haushaltsjahr 2020 hat das Rechnungsprüfungsamt zu einem Vorgang schriftlich Stellung genommen. Bei den von der Personalabteilung vorgelegten Vorgängen handelte es sich in der Regel nicht um die vollständigen Originalvorgänge, sondern es wurden Unterlagen fürs Rechnungsprüfungsamt zusammengestellt. Daher wurde die Personalabteilung mit Schreiben vom 09. Juni 2020 schriftlich aufgefordert, vollständige Originalvorgänge zu übersenden.

#### 8.1.5 Anordnungen auf allgemeinen Vorschuss- und Verwahrkonten

Die Anzahl der allgemeinen Vorschuss- und Verwahrkonten ist gering, da diese in der Regel an einen bestimmten Zweck gebunden sind. Bei der Prüfung der Geschäftsvorfälle ergaben sich keine wesentlichen Beanstandungen.

#### 8.2 Weitere Prüfungstätigkeiten des Rechnungsprüfungsamtes

Daneben wurden aufgrund der Aufnahme in den Prüfungsplan 2020 oder anlassbezogen folgende Prüfungen durchgeführt:

Prüfthema	Prüfbericht vom
Prüfung des Jahresabschluss 2018	07.02.2020
Bericht über die unvermutete Prüfung des von der Abteilung Sozial- und Wohnungswesen verwalteten Scheckkontos bei der Sparkasse Westholstein	28.02.2020
Bericht über die unvermutete Prüfung des von der Abteilung Sozial- und Wohnungswesen verwalteten Scheckkontos bei der Volks- und Raiffeisenbank	28.02.2020
Prüfbericht über die Vergabe und die Abrechnung der Arbeiten im Zusammenhang mit der Räumung der ehemaligen Kleingartenanlage Eichthal/Kratt unter besonderer Berücksichtigung der Tatsachenbehauptungen in den verschiedenen Schreiben der Fraktion Die Linke - Sonderprüfung	03.06.2020
Prüfung des Jahresabschluss 2018 des Heidefriedhofs Kremperheide	26.08.2020
Bericht über die unvermutete Prüfung des Geschäftsführungskontos für das Sondervermögen "Aktive Stadtzentren"	10.11.2020
Bericht über die unvermutete Prüfung der Zahlungsverkehrskonten für das Weihnachtshilfswerk	19.11.2020
Bericht über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2018 und 2019 des Zweckverbandes ÖPNV Steinburg	23.11.2020
Bericht über die unvermutete Prüfung des Reisekontos des Kinder- und Jugendbüros	24.11.2020
Unvermutete Kassenprüfung 2020	02.12.2020



## 9. Zusammenfassendes Prüfungsergebnis

Die Prüfung des Jahresabschlusses wurde in der Zeit vom 11. November 2021 bis 28. April 2022 von der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes Andrea Gripp durchgeführt.

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2020 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt. Er entspricht nach Form und Inhalt den Vorschriften des Gemeindehaushaltswirtschaftsrechts sowie den analog anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Es wird mit dieser Prüfung bestätigt, dass

1. der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
2. die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt worden sind,
3. bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung nach den geltenden Vorschriften verfahren worden ist,
4. das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen worden sind,
5. der Anhang zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist und
6. der Lagebericht zum Jahresabschluss vollständig und richtig ist.

Soweit diese generelle Feststellung in Einzelfällen nicht zutrifft, hat das Rechnungsprüfungsamt gesonderte Bemerkungen in diesen Schlussbericht aufgenommen. Prüfungsfeststellungen, die nicht als wesentlich anzusehen sind, hat das Rechnungsprüfungsamt der Verwaltung gesondert aufgezeigt und erläutert.

**Der Jahresabschluss 2020 vermittelt insgesamt unter Beachtung der Vorgaben der GemHVO-Doppik sowie der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Itzehoe. Die Informationen aus dem Jahresabschluss 2020 insbesondere bezogen auf die Vermögensverhältnisse und den Umfang der Verbindlichkeiten sind geeignet, die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Itzehoe zu beurteilen.**

**Der Ratsversammlung wird die Empfehlung ausgesprochen, über den Jahresabschluss 2020 gemäß § 95 n Absatz 3 GemHVO-Doppik zu beraten und zu beschließen. Der Jahresüberschuss 2020 sollte der Ergebnismittelverwendung zugeführt werden.**

Itzehoe, den 04. Mai 2022

Gez.

Andrea Gripp

Leiterin Rechnungsprüfungsamt



# Bilanz 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Anlage 1

Seite : 1  
Datum: 26.10.2021  
Uhrzeit: 12:28:54

## Aktiva (in EUR)

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020
1	2	3	4
	<b>1. Anlagevermögen</b>	<b>180.615.904,60</b>	<b>182.078.982,51</b>
01	1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	856.096,34	921.502,28
02-09	1.2 Sachanlagen	148.875.749,36	152.167.030,09
02	1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	15.409.327,75	15.308.256,95
021	1.2.1.1 Grünflächen	6.559.511,03	6.493.847,81
022	1.2.1.2 Ackerland	2.112.125,48	2.088.327,23
023	1.2.1.3 Wald, Forsten	2.650.090,69	2.650.090,69
029	1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	4.087.600,55	4.075.991,22
03	1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	73.534.804,05	72.575.294,81
032	1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	5.191.169,27	5.144.805,00
033	1.2.2.2 Schulen	34.681.287,13	34.451.446,64
031	1.2.2.3 Wohnbauten	6.448.663,37	6.304.579,44
034	1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	27.213.684,28	26.674.463,73
04	1.2.3 Infrastrukturvermögen	46.658.147,67	46.470.523,54
041	1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	4.558.183,12	4.644.422,93
042	1.2.3.2 Brücken und Tunnel	3.871.272,46	3.888.366,58
043	1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00
044	1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	549.362,94	764.831,64
045	1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	29.824.337,47	29.443.353,89
046	1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	7.854.991,68	7.729.548,50
05	1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
06	1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	61.538,93	60.477,31
07	1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.463.098,41	4.518.548,25
08	1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.282.110,39	2.497.914,13
09	1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	6.466.722,16	10.736.015,10
	1.3 Finanzanlagen	30.884.058,90	28.990.450,14
10	1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	22.479.373,20	22.479.373,20
11	1.3.2 Beteiligungen	976.808,85	976.808,85
12	1.3.3 Sondervermögen	2.524.332,56	2.744.352,28
13	1.3.4 Ausleihungen	4.903.544,29	2.789.915,81
13-	1.3.4.1 Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	3.240,00	3.240,00
13-	1.3.4.2 Sonstige Ausleihungen	4.900.304,29	2.786.675,81
14-	1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
	<b>2. Umlaufvermögen</b>	<b>18.826.868,90</b>	<b>25.573.663,36</b>
15	2.1 Vorräte	2.808.853,49	2.735.605,67
151,152,153	2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00
1551, 156	2.1.2 unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0,00
1552,154	2.1.3 fertige Erzeugnisse und Waren	2.808.853,49	2.735.605,67
157,158,159	2.1.4 Geleistete Anzahlungen und sonstige Vorräte	0,00	0,00
	2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.006.270,86	4.021.175,43
161	2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	157.127,46	173.452,52
169	2.2.2 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.299.258,00	2.228.274,66
171	2.2.3 Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen	177.223,94	169.755,73
179	2.2.4 Sonstige Privatrechtliche Forderungen	188.108,94	138.641,86



# Bilanz 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Seite : 2

Datum: 26.10.2021

Uhrzeit: 12:28:54

## Aktiva (in EUR)

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020
1	2	3	4
178	2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände	2.184.552,52	1.311.050,66
14	2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
18	2.4 Liquide Mittel	11.011.744,55	18.816.882,26
19	<b>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>18.994.449,28</b>	<b>17.703.870,07</b>
	<b>4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
	<b>Summe AKTIVA</b>	<b>218.437.222,78</b>	<b>225.356.515,94</b>





# Bilanz 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Seite : 3  
Datum: 26.10.2021  
Uhrzeit: 12:28:54

## Passiva (in EUR)

Position	Bezeichnung	Ergebnis 2019	Ergebnis 2020
1	2	3	4
<b>20</b>	<b>1. Eigenkapital</b>	<b>106.349.137,96</b>	<b>112.320.706,69</b>
201	1.1 Allgemeine Rücklage	83.536.243,32	83.536.243,32
202	1.2 Sonderrücklage	294.000,00	294.000,00
203	1.3 Ergebnisrücklage	18.594.816,97	22.518.894,64
204	1.4 Vorgetragener Jahresfehlbetrag	0,00	0,00
205	1.5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.924.077,67	5.971.568,73
	1.6 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
<b>23</b>	<b>2. Sonderposten</b>	<b>51.306.461,37</b>	<b>49.925.362,29</b>
231	2.1 aufzulösende Zuschüsse	5.555.670,84	5.335.456,05
232	2.2 aufzulösende Zuweisungen	39.048.964,42	38.342.578,54
233	2.3 für Beiträge	3.525.745,67	3.406.765,60
2331	2.3.1 aufzulösende Beiträge	3.525.189,79	3.406.209,72
2332	2.3.2 nicht aufzulösende Beiträge	555,88	555,88
234	2.4 Gebührenaussgleich	0,00	0,00
235	2.5 Treuhandvermögen	0,00	0,00
236	2.6 Dauergrabpflege	0,00	0,00
239	2.7 Sonstige Sonderposten	3.176.080,44	2.840.562,10
<b>25, 26, 27, 28</b>	<b>3. Rückstellungen</b>	<b>26.854.020,21</b>	<b>28.912.623,83</b>
2511	3.1 Pensionsrückstellungen	20.958.736,23	22.193.481,13
2512	3.2 Beihilferückstellungen	5.631.612,40	6.176.445,80
281	3.3 Altersteilzeitrückstellungen	73.762,22	185.730,27
261	3.4 Rückstellungen für später entstehende Kosten	0,00	0,00
262	3.5 Altlastenrückstellungen	8.000,00	8.000,00
282-	3.6 Steuerrückstellungen	11.953,50	0,00
283	3.7 Verfahrensrückstellungen	103.719,21	261.234,90
284	3.8 Finanzausgleichsrückstellung	0,00	0,00
27	3.9 Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
285	3.10 Rückstellungen für Verbindlichkeiten für im Haushaltsjahr empfangene Lieferungen und Leistungen, für die keine Rechnung vorliegt und der Rechnungsbetrag nicht bekannt ist	66.236,65	87.731,73
289	3.11 Sonstige andere Rückstellungen	0,00	0,00
<b>3</b>	<b>4. Verbindlichkeiten</b>	<b>33.315.119,34</b>	<b>33.589.091,14</b>
30-	4.1 Anleihen	0,00	0,00
32	4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	31.114.949,97	31.889.452,11
32-	4.2.1 von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	0,00	0,00
32-	4.2.2 vom öffentlichen Bereich	14.462.564,00	13.856.564,00
32-	4.2.3 vom privaten Kreditmarkt	16.652.385,97	18.032.888,11
33	4.3 Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten	2,29	0,00
34	4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
35	4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	638.377,94	654.066,52
36	4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	254,00	0,00
37	4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	1.561.535,14	1.045.572,51
<b>39</b>	<b>5. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>612.483,90</b>	<b>608.731,99</b>
	<b>Summe PASSIVA</b>	<b>218.437.222,78</b>	<b>225.356.515,94</b>

### Nachrichtlich:

1. Summe der übertragenen Ermächtigungen für Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik: 1.138 TEUR.



# Bilanz 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Seite : 4  
Datum: 26.10.2021  
Uhrzeit: 12:28:54

- 
2. Summe der übertragenen Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik: 9.514 TEUR.
  3. Summe der von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften (Wert zum Bilanzstichtag): 0 EUR.
- 

\*\*\* Ende der Liste "Bilanz" \*\*\*

---



# Ergebnisrechnung 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Anlage 2

Seite : 1

Datum: 26.10.2021

Uhrzeit: 12:53:35

Ertrags- und Aufwandsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge- schriebener Ansatz des Haushalts- jahres	Ist- Ergebnis des Haushalts- jahres	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächti- gungen
			2019	2020	2020	2020	2021
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
40	1	Steuern und ähnliche Abgaben	45.192.952,41	39.838.100,00	<b>42.831.094,68</b>	2.992.994,68	----
41	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	11.115.784,97	17.755.700,00	<b>18.712.134,29</b>	956.434,29	----
42	3	+ sonstige Transfererträge	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	----
43	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.255.219,13	1.855.100,00	<b>1.748.494,50</b>	-106.605,50	----
441	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	2.202.186,85	2.208.100,00	<b>2.195.378,98</b>	-12.721,02	----
442							
446							
448	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.362.701,60	5.187.800,00	<b>5.452.707,78</b>	264.907,78	----
45	7	+ sonstige Erträge	5.153.767,55	2.708.400,00	<b>2.754.479,38</b>	46.079,38	----
471	8	+ aktivierte Eigenleistungen	557.719,23	618.900,00	<b>478.212,06</b>	-140.687,94	----
472	9	+/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	----
	10	= Erträge	<b>70.840.331,74</b>	<b>70.172.100,00</b>	<b>74.172.501,67</b>	<b>4.000.401,67</b>	----
50	11	Personalaufwendungen	16.895.060,38	19.740.913,01	<b>18.958.651,06</b>	-782.261,95	0,00
51	12	+ Versorgungsaufwendungen	291.381,63	355.269,35	<b>328.887,83</b>	-26.381,52	0,00
52	13	+ Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.071.195,45	11.775.135,82	<b>9.542.124,72</b>	-2.233.011,10	878.811,57
57	14	+ bilanzielle Abschreibungen	6.842.422,77	6.899.361,50	<b>6.893.445,44</b>	-5.916,06	0,00
53	15	+ Transferaufwendungen	25.143.501,45	24.731.581,70	<b>24.665.110,90</b>	-66.470,80	0,00
54	16	+ sonstige Aufwendungen	7.625.286,36	8.796.305,62	<b>8.053.331,81</b>	-742.973,81	259.009,41
	17	= Aufwendungen (= Zeilen 11 bis 16)	<b>66.868.848,04</b>	<b>72.298.567,00</b>	<b>68.441.551,76</b>	<b>-3.857.015,24</b>	<b>1.137.820,98</b>
	18	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 / 17)	<b>3.971.483,70</b>	<b>-2.126.467,00</b>	<b>5.730.949,91</b>	<b>7.857.416,91</b>	<b>-1.137.820,98</b>
46	19	+ Finanzerträge	730.043,34	1.030.000,00	<b>1.029.536,24</b>	-463,76	----
55	20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	777.449,37	794.700,00	<b>788.917,42</b>	-5.782,58	0,00
	21	= Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	<b>-47.406,03</b>	<b>235.300,00</b>	<b>240.618,82</b>	<b>5.318,82</b>	<b>0,00</b>
	22	= Jahresergebnis (= Zeilen 18 und 21)	<b>3.924.077,67</b>	<b>-1.891.167,00</b>	<b>5.971.568,73</b>	<b>7.862.735,73</b>	<b>-1.137.820,98</b>
		<b>Nachrichtlich:</b>					
		Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
48		+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.846.349,96	2.307.200,00	<b>2.147.391,62</b>	-159.808,38	----
58		- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	3.846.349,96	2.486.403,36	<b>2.147.391,62</b>	-339.011,74	----
		= Ergebnis aus internen Leistungsbeziehungen	<b>0,00</b>	<b>-179.203,36</b>	<b>0,00</b>	<b>179.203,36</b>	----
		<b>Nachrichtlich:</b>					
		Nettoabschreibungsaufwand					
571 +		bilanzielle Abschreibungen auf immaterielle	6.674.153,95	6.879.432,57	<b>6.780.134,28</b>	-99.298,29	----
574		Vermögensgegenstände und Sachanlagen sowie geleistete Zuwendungen					
416 +		- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen	2.302.971,67	2.104.100,00	<b>2.263.587,23</b>	159.487,23	----
437		und Zuweisungen sowie für Beiträge					
		= Nettoabschreibungsaufwand	<b>4.371.182,28</b>	<b>4.775.332,57</b>	<b>4.516.547,05</b>	<b>-258.785,52</b>	----

\*\*\* Ende der Liste "Ergebnisrechnung" \*\*\*



# Finanzrechnung 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Anlage 3

Seite : 1

Datum: 01.11.2021

Uhrzeit: 09:36:10

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge- schriebener Ansatz des Haushalts- jahres	Ist- Ergebnis des Haus- haltsjahres	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage- ne Er- mächtigi- ngen
			2019	2020	2020	2020	2021
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
60	1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	44.769.697,44	39.838.100,00	<b>42.640.556,41</b>	2.802.456,41	----
61	2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	9.078.915,88	15.896.300,00	<b>16.608.405,43</b>	712.105,43	----
63	4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.058.196,79	1.610.400,00	<b>1.549.108,92</b>	-61.291,08	----
641	5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	2.163.874,72	2.208.300,00	<b>2.263.605,81</b>	55.305,81	----
642							
646							
648	6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.427.998,64	5.187.800,00	<b>5.391.231,50</b>	203.431,50	----
65	7	+ sonstige Einzahlungen	2.419.943,35	1.966.300,00	<b>1.914.126,98</b>	-52.173,02	----
66	8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	873.744,28	1.230.000,00	<b>1.245.361,53</b>	15.361,53	----
	9	<b>= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit</b>	<b>65.792.371,10</b>	<b>67.937.200,00</b>	<b>71.612.396,58</b>	<b>3.675.196,58</b>	----
70	10	+ Personalauszahlungen	16.689.794,34	17.827.134,71	<b>17.169.780,95</b>	-657.353,76	0,00
71	11	+ Versorgungsauszahlungen	345.110,14	355.269,35	<b>276.697,42</b>	-78.571,93	0,00
72	12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	9.945.166,84	11.775.135,82	<b>10.106.485,39</b>	-1.668.650,43	878.811,57
75	13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	820.619,80	794.700,00	<b>795.147,17</b>	447,17	0,00
73	14	+ Transferauszahlungen	25.648.828,80	24.731.581,70	<b>23.150.811,89</b>	-1.580.769,81	0,00
74	15	+ sonstige Auszahlungen	7.329.476,93	8.401.248,32	<b>7.511.427,14</b>	-889.821,18	259.009,41
	16	<b>= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 bis 15)</b>	<b>60.778.996,85</b>	<b>63.885.069,90</b>	<b>59.010.349,96</b>	<b>-4.874.719,94</b>	<b>1.137.820,98</b>
	17	<b>= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 9/16)</b>	<b>5.013.374,25</b>	<b>4.052.130,10</b>	<b>12.602.046,62</b>	<b>8.549.916,52</b>	<b>-1.137.820,98</b>
681	18	+ Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.582.080,99	492.900,00	<b>461.687,61</b>	-31.212,39	----
682	19	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	700.989,98	552.700,00	<b>553.865,48</b>	1.165,48	----
683	20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	2.871,91	14.000,00	<b>13.995,00</b>	-5,00	----
685	22	+ Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	168,98	0,00	<b>160,00</b>	160,00	----
686	23	+ Einzahlungen aus Rückflüssen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	234.994,61	2.221.100,00	<b>2.239.261,48</b>	18.161,48	----
688	24	+ Einzahlungen aus Beiträgen u. ä. Entgelten	267.243,70	171.500,00	<b>200.832,75</b>	29.332,75	----
689	25	+ sonstige Investitionseinzahlungen	2,20	-179.203,36	<b>19.980,28</b>	199.183,64	----
	26	<b>= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>3.788.352,37</b>	<b>3.272.996,64</b>	<b>3.489.782,60</b>	<b>216.785,96</b>	----
781	27	+ Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	613.801,70	1.993.529,11	<b>724.780,04</b>	-1.268.749,07	1.149.889,52
783	29	+ Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	707.453,68	1.397.306,16	<b>854.275,84</b>	-543.030,32	416.565,02
785	31	+ Auszahlungen für Baumaßnahmen	10.758.619,51	15.951.842,12	<b>7.304.536,81</b>	-8.647.305,31	7.947.192,80
786	32	+ Auszahlungen für die Gewährung von Ausleihungen (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen Dritter)	1.525.020,00	0,00	<b>0,00</b>	0,00	0,00
787	33	+ sonstige Investitionsauszahlungen	180.000,00	80.000,00	<b>80.000,00</b>	0,00	0,00
	34	<b>= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Zeilen 27 bis 33)</b>	<b>13.784.894,89</b>	<b>19.422.677,39</b>	<b>8.963.592,69</b>	<b>-10.459.084,70</b>	<b>9.513.647,34</b>
	35	<b>= Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 26/34)</b>	<b>-9.996.542,52</b>	<b>-16.149.680,75</b>	<b>-5.473.810,09</b>	<b>10.675.870,66</b>	<b>-9.513.647,34</b>
672	35a	+ Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	21.392.986,70	0,00	<b>22.516.119,99</b>	22.516.119,99	0,00
772	35b	- Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	21.613.885,91	0,00	<b>22.613.720,95</b>	22.613.720,95	0,00



# Finanzrechnung 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Seite : 2

Datum: 01.11.2021

Uhrzeit: 09:36:10

Ein- und Auszahlungsarten			Ergebnis des Vorjahres	Fortge- schriebener Ansatz des Haushalts- jahres	Ist- Ergebnis des Haus- haltsjahres	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertrage- ne Er- mächti- gungen
			2019	2020	2020	2020	2021
			in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
	35c	= Saldo aus fremden Finanzmitteln	-220.899,21	0,00	-97.600,96	-97.600,96	0,00
	36	= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 17, 35, 35c und 35f)	-5.204.067,48	-12.097.550,65	7.030.635,57	19.128.186,22	-10.651.468,32
692	37	+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	4.066.000,00	8.000.000,00	3.275.000,00	-4.725.000,00	-----
792	40	- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.802.880,34	2.500.500,00	2.500.497,86	-2,14	0,00
	43	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.263.119,66	5.499.500,00	774.502,14	-4.724.997,86	0,00
	44	= Finanzmittelsaldo (Zeilen 36 und 43)	-3.940.947,82	-6.598.050,65	7.805.137,71	14.403.188,36	-10.651.468,32
	44b	= Saldo der Finanzrechnung	-3.940.947,82	-6.598.050,65	7.805.137,71	14.403.188,36	-10.651.468,32
	45	+ Anfangsbestand Liquide Mittel	14.952.692,37	11.011.742,00	11.011.742,26	0,26	0,00
332	46	- Anfangsbestand Kassenkredite aus Kontokorrent	0,00	0,00	2,29	2,29	0,00
	48	= Endbestand Liquide Mittel (Zeilen 44b bis 47)	11.011.744,55	4.413.691,35	18.816.882,26	14.403.190,91	-10.651.468,32

\*\*\* Ende der Liste "Finanzrechnung" \*\*\*



# Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Anlage 4

Seite : 1

Datum: 26.10.2021

Uhrzeit: 15:19:27

## I. Übersicht über die übertragenen Aufwendungen nach § 23 Abs. 1 GemHVO-Doppik

Produkt		übertragen auf das neue Haushaltsjahr	davon gebunden	davon frei verfügbar
Nummer	Bezeichnung	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5
11108	Gebäudemanagement	88.428,86	0,00	88.428,86
11109	Grundstücksverwaltung	1.500,00	0,00	1.500,00
12601	Feuerwehr	7.316,14	0,00	7.316,14
21102	Grundschule Edendorf	3.622,73	0,00	3.622,73
21103	Ernst-Moritz-Arndt-Schule	11.019,66	0,00	11.019,66
21104	Fehrs-Schule	42.411,19	0,00	42.411,19
21105	GS Sude-West	4.619,49	0,00	4.619,49
21106	GS Wellenkamp	4.810,63	0,00	4.810,63
21702	Kaiser-Karl-Schule	93.766,89	0,00	93.766,89
21703	Auguste-Viktoria-Schule	50.317,63	0,00	50.317,63
21802	Gemeinschaftsschule Klosterhof	35.304,13	0,00	35.304,13
21803	ehem. Gemeinschaftsschule Lübscher Kamp	5.116,87	0,00	5.116,87
21804	Schul- und Sportzentrum am Lehmwohld	32.119,66	0,00	32.119,66
21805	Wolfgang-Borchert-Schule	4.066,44	0,00	4.066,44
22102	Förderzentrum Lernen "Pestalozzi-Schule"	8.903,23	0,00	8.903,23
25201	Wenzel-Hablik-Museum	5.968,27	0,00	5.968,27
26101	theater itzehoe	89.729,81	0,00	89.729,81
27101	Volkshochschule Itzehoe	4.288,33	0,00	4.288,33
27201	Stadtbibliothek	7.922,16	0,00	7.922,16
31311	Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	9.366,78	0,00	9.366,78
31541	Obdachlosenunterkünfte	7.813,42	0,00	7.813,42
36501	Kita Sude-West	5.153,37	0,00	5.153,37
36502	Tageseinrichtungen für Kinder nichtkommunaler Träger	359,32	0,00	359,32
36503	Kindertagesstätte Wellenkamp/BGW	3.500,00	0,00	3.500,00
36601	Haus der Jugend	10.456,66	0,00	10.456,66
42401	Städtische Sportanlagen	8.238,82	0,00	8.238,82
42402	Gutenberg-Sporthalle	1.583,10	0,00	1.583,10
51101	Stadtplanung	110.005,69	0,00	110.005,69
51102	Stadt- und Regionalplanung	166.166,72	0,00	166.166,72
52301	Denkmalschutz und -pflege	3.500,00	0,00	3.500,00
53802	Öffentliche Toiletten	2.195,28	0,00	2.195,28
54101	Gemeindestraßen	234.864,77	0,00	234.864,77
54401	Bundesstraßen	30.000,00	0,00	30.000,00
54701	ÖPNV	3.618,56	0,00	3.618,56
55101	Öffentliches Grün / Landschaftsbau	39.009,21	0,00	39.009,21
55103	Kleingartenwesen	587,23	0,00	587,23
55201	Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	169,93	0,00	169,93
<b>Summe</b>		<b>1.137.820,98</b>	<b>0,00</b>	<b>1.137.820,98</b>



# Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen 2020

Gemeinde: 01 Stadt Itzehoe

Seite : 2

Datum: 26.10.2021

Uhrzeit: 15:19:27

## II. Übersicht über die übertragenen Auszahlungen nach § 23 Abs. 2 GemHVO-Doppik

Produkt		übertragen auf das neue Haushaltsjahr	davon gebunden	davon frei verfügbar
Nummer	Bezeichnung	in EUR	in EUR	in EUR
1	2	3	4	5
11101	Gemeindeorgane	300,00	0,00	300,00
11104	Personalangelegenheiten	6.432,88	0,00	6.432,88
11108	Gebäudemanagement	10.000,00	0,00	10.000,00
11109	Grundstücksverwaltung	5.000,00	0,00	5.000,00
11113	zentrale Serviceleistungen	3.402,31	0,00	3.402,31
11115	Informationstechnik	163.690,48	0,00	163.690,48
12102	Wahlen	8.000,00	0,00	8.000,00
12202	Überwachung ruhender Verkehr	9.000,00	0,00	9.000,00
12601	Feuerwehr	2.274.398,03	0,00	2.274.398,03
21102	Grundschule Edendorf	24.255,79	0,00	24.255,79
21104	Fehrs-Schule	1.650,00	0,00	1.650,00
21105	GS Sude-West	990,14	0,00	990,14
21702	Kaiser-Karl-Schule	691.910,11	0,00	691.910,11
21703	Auguste-Viktoria-Schule	196.761,51	0,00	196.761,51
21802	Gemeinschaftsschule Klosterhof	441,33	0,00	441,33
21804	Schul- und Sportzentrum am Lehmwohld	1.487.613,04	0,00	1.487.613,04
21805	Wolfgang-Borchert-Schule	250.537,49	0,00	250.537,49
24301	Sonstige schulische Aufgaben	100.000,00	0,00	100.000,00
27201	Stadtbibliothek	16.218,51	0,00	16.218,51
31311	Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge	20.000,00	0,00	20.000,00
35102	Wohngeld	29.700,00	0,00	29.700,00
36201	Jugendarbeit	2.591,20	0,00	2.591,20
36601	Haus der Jugend	18.763,85	0,00	18.763,85
52101	Bauordnung	26.313,24	0,00	26.313,24
54101	Gemeindestraßen	3.895.575,19	0,00	3.895.575,19
54301	Landesstraßen	15.713,24	0,00	15.713,24
54701	ÖPNV	30.000,00	0,00	30.000,00
55101	Öffentliches Grün / Landschaftsbau	70.028,94	0,00	70.028,94
55102	Kinderspielplätze	98.360,06	0,00	98.360,06
56102	Klimaschutz	50.000,00	0,00	50.000,00
57301	Marktwesen	6.000,00	0,00	6.000,00
<b>Summe</b>		<b>9.513.647,34</b>	<b>0,00</b>	<b>9.513.647,34</b>

\*\*\* Ende der Liste "Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen" \*\*\*